

EUROPA-MAGAZIN

Zeitschrift für direkte Demokratie, Selbstbestimmung und internationale Zusammenarbeit

2/1995

Das Osteuropaprogramm der EU-Atomindustrie

Gefährliche AKW sanieren anstatt Kohlekraftwerke auf ökologisch umrüsten

Comprendre le Non norvégien

Resumée des quatre conférence-débats organisés du "forum"
avec le norvégien Jostein Lindland en suisse romande

Dossier "Positive Szenarien"

Interview: Daniel Zürcher, Bewegung "Geboren am 7. Dezember"
"Eurovisionen eines eurojeune"

Beiträge: Europa ist reich - an Arbeitslosigkeit und Armut
An der Schwelle zur postdemokratischen Zeit
Bioethik auf Abwegen

Kurzinfos

Wirtschaft, Frauen, Verschiedenes

Ist direkte Demokratie in der EU möglich?

Das Forum für direkte Demokratie veranstaltet ein Europa-Seminar in Salecina, S. 25

Inhaltsverzeichnis

Dossier: Positive Szenarien	
Eurovisionen eines eurojeune	1
Bioethik auf Abwegen	4
An der Schwelle zur post-demokratischen Zeit	7
Europa ist reich - an Arbeitslosigkeit und Armut	10
Comprendre le Non norvégien	13
Bücher Positive Szenarien	15
Europa allgemein	
Bücher Verschiedenes	16
Das Osteuropaprogramm der EU-Atomindustrie	18
12 EU-Minister und 7000 Polizisen in Essen	19
Kurzinfos	
Gewerkschaften	20
Schweiz-EU	20
Wirtschaft	22
Verschiedenes	22
Umwelt	24
Vereinsinternes	25

Impressum

Herausgeber:
Forum für direkte Demokratie
EU-kritisch, ökologisch, sozial

Redaktion

Alex C. Bauert Paul Ruppen
01- 432 80 17 031 - 731 29 14

Redaktionsadresse:
Europa-Magazin Pf 1883, 8048 Zürich
fax 01-432 80 17

Layout Alex C. Bauert

Druck: S + Z Print, 3902 Glis
Auflage 3200

Erscheinungsweise: 6 mal jährlich
Jahrgang 3, Nr.8, 1. April 95

Abonnement: Fr. 30.-, DM 40.-

Redaktionsschluss: 15. Mai
Dossier "Verkehr"

Beiträge zu diesem oder anderen Themen sind erwünscht. Kürzungen behalten wir uns vor.

edito

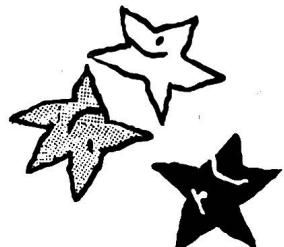
Die Zeitungen sind voll mit Artikeln, die die bilateralen Verhandlungen betreffen. Leider sieht es danach aus, dass einige Punkte dieser Verhandlungen unakzeptabel sein werden: die 28-Tonnen-Limite für Lastwagen, die das verkehrspolitische Ziel verfolgt, den Güterverkehr von der Strasse auf die Schiene zu bringen, steht zur Diskussion.

Zudem werden auch mehr Ausnahmen vom Nachtfahrverbot gefordert. Alle die verkehrspolitisch engagierten Leute aus den Nachbarländern, mit denen ich an der internationalen Verkehrskonferenz der Alpeninitiative am 17./18. Februar 95 in Luzern darüber gesprochen habe, beneiden uns um die nächtliche Ruhe, die vor allem mit Lebensqualität zu tun hat. Sie fordern dieses Nachtfahrverbot für die ganze EU und zählen darauf, dass es in der Schweiz erhalten bleibt, damit sie dessen realpolitische Umsetzbarkeit beweisen können.

Die Aufhebung der 28-t-Limite hätte auch für die Nachbarländer negative Folgen, denn heute lohnt sich z.B. der Heizöltransport von Frankfurt nach Zürich nicht auf der Strasse. Mit 40-Tönnern sähe die Rechnung anders aus. Und die Bahn wäre einmal mehr um ein Stück Konkurrenzfähigkeit gebracht. Nachdem die Alpeninitiative die Umlagerung des alpenquerenden Güterverkehrs vorschreibt, soll beim übrigen Gütertransport wieder der Strassenverkehr gefördert werden.

Solange der Strassenverkehr nicht alle seine Kosten deckt, kann die Bahn nicht konkurrenzfähig sein - obwohl sie weniger umweltschädlich ist. Deshalb braucht es Massnahmen wie die 28-Tonnen-Limite, die den Strassenverkehr verteuern. Diese gilt es zu erhalten - gegebenenfalls mit einem Referendum gegen das Gesamtergebnis der bilateralen Verhandlungen.

Alex C. Bauert



Vorstandssitzung

Die Vorstandssitzung ist öffentlich und kann von allen Mitgliedern besucht werden. Die Traktandenliste kann beim Sekretariat bestellt werden. **Ort:** Hotel Emmental, Tannwaldstrasse 34, Olten. **Datum:** Donnerstag, 18. Mai 1995 **Zeit:** 17.00 Uhr.

Generalversammlung

Traktanden: (1) Protokoll der letzten Sitzung, (2) Informationen zum Vereinsgeschehen (Sekretariat, Veranstaltungen, Mitgliederwerbung); (3) Jahresrechnung 1994; (4) Vorstandswahlen; (5) Diverses. Anschliessend Diskussion zu einem aktuellen Thema; **Ort:** Hotel Emmental, Tannwaldstrasse 34, Olten. **Datum:** Donnerstag, 18. Mai 1995; **Zeit:** 19.15 Uhr.

"Grossmächte gibt es nun mal"

Eurovisionen eines Eurojeune

Eine Diskussion zwischen Daniel Zürcher, Mitglied der Bewegung "Geboren am 7. Dezember" und Paul Ruppen, Europa-Magazin. Die Redaktion des Europa-Magazins wollte wissen, wie es die Eurojeunes mit unseren Argumenten gegen einen EU-Beitritt halten und traf deshalb einen Vertreter dieser Bewegung zu einem Gedankenaustausch.

von Paul Ruppen

EM: Der EWR scheint sich nach zwei Jahren bereits am Ende zu befinden. Nach dem EU-Beitritt von Österreich, Schweden und Finnland fristet er nur mehr ein Rumpfdasein. Hat die Bewegung "Geboren am 7. Dezember" angesichts dieser Lage die Absicht, die EWR-Initiative zurückzuziehen?

Daniel Zürcher (DZ): Nein. Wir werden die EWR-Initiative höchstens zurückziehen, wenn unsere EU-Beitritts-Initiative hinterlegt ist. Ob der EWR eine Zukunft hat, weiß im Augenblick niemand. Selbst die EU weiß nicht, was sie mit dem EWR vorhat. Dem EWR ist durchaus ein zweites Leben durch die ost-europäischen Länder zuzutrauen. Zwar drängen diese heute in die EU. Sollte die EU aber mit der Währungsunion vorwärtsmachen, wird die Beitrittshürde für die osteuropäischen Länder zu gross. Der EWR könnte in diesem Fall für diese Länder interessant werden, da sie weiterhin notfalls ihre Währungen floaten lassen können. Andererseits habe ich persönlich Zweifel, dass die EU diesen Ländern den EWR anbieten wird, weil sie sich vor der Freizügigkeit im Personenverkehr mit Osteuropa fürchtet.

EWR-Satellisierung der EFTA-Länder

EM: Der EWR beinhaltet eine Satellisierung der EFTA-Länder. Dies wird auch von EU- und EWR-Befürwortern zugegeben. So schrieb etwa René Schwok, EU-phoriker der ersten Stunde und Professor für internationale Beziehungen in Genf, im Hebdo vom 17. November 1994: "Jeder war sich darüber im klaren: Der EWR bedeutete die Satellisierung der EFTA-Staaten. Diese mussten sich faktisch verpflichten, neue Regelungen, die den

Binnenmarkt betreffen, zu übernehmen, ohne voll an der entsprechenden Entscheidungsfindung teilhaben zu können." Der Bundesrat seinerseits sprach im Vorfeld der EWR-Abstimmung verschämt vom "institutionellen Un-gleichgewicht", das der EWR mit sich bringt. Wieso sind Sie angesichts dieser Sachlage bereit, dem EWR beizutreten?

DZ: Es geht letztlich darum, wie man dieses Problem bewertet. Die Rechtsübernahme ohne formelle Mitentscheidung betraf nur den Binnenmarkt und den Bereich der vier Freiheiten. Die Entwicklung der EU auf diesen Gebieten ist aber durchaus voraussehbar. Da in der EU von Griechenland bis Großbritannien Kompromisse gefunden werden müssen, besteht keine Gefahr, dass wir von der EU überrollt werden. Die Entschlüsse der EU spiegeln jeweils den gemeinsamen Nenner, der uns nicht gefährlich werden kann. Zudem sah der EWR das Opting Out vor. Wir hätten immer noch ausschieren können. Das Opting Out hätte übrigens ein Reformpotential in der EU darstellen können. Betrachten wir das Beispiel des Phosphatverbots in der Schweiz. Wir hätten das Einfuhrverbot von phosphathaltigen Waschmitteln beibehalten können, bis jemand Klage eingereicht hätte. Es ist nicht sicher, dass überhaupt eine Unternehmung geklagt hätte. Selbst für den Klagefall ist unwahrscheinlich, dass sich der EU-Gerichtshof gegen das Importverbot ausgesprochen hätte. Ein Gerichtsfall hätte zudem für die Phosphatproblematik Publizität geschaffen, die für entsprechende Fortschritte in der EU von Vorteil wäre.

Hohe Gewichtung des Warenverkehrs durch den EU-Gerichtshof

EM: Die bisherige Praxis des EU-Gerichtshofes zeigt allerdings, dass der freie Warenverkehr von der EU sehr hoch gewichtet wird. Das immer als umweltfreundlich dargestellte Urteil bezüglich der Pfandflaschen in Dänemark belegt dies. Zwar durfte Dänemark das Pfandsystem einführen, ohne aber die freie Einfuhr von Flaschenarten einschränken zu können. Ein Pfandsystem kann aber nur funktionieren, wenn es nicht zuviele Flaschentypen gibt. Ein weiteres Beispiel für die restriktive Urteilssprechung des EU-Gerichtshofes stellt das neulich erfolgte PCP-Urteil dar. Darin wird deutlich festgehalten, dass Stoffe nur dann im Alleingang verboten werden kön-



Daniel Zürcher ist SP-Mitglied, Ing. Agronom, arbeitet in der Abteilung Naturschutz des BUWAL. Mitglied der Initiativkomitees der beiden EWR- und EU-Beitrittsinitiativen der "Bewegung "Geboren am 7. Dez. 1992"

nen, wenn ein Nachweis ihrer Schädlichkeit wissenschaftlich einwandfrei erfolgt. Leider ist ein solcher Nachweis nicht immer so leicht lieferbar wie beim PCP.

DZ: Jeder Gerichtsfall stellt eine Herausforderung für die EU dar, was unter Umständen zu einer Verschärfung des EU-Rechtes führen kann. Bezuglich des PCP-Urteils ist dies sogar der Fall. PCP wird voraussichtlich in der ganzen EU verboten. Uebrigens gilt die Einschränkung, dass ökologisch begründete Einfuhrverbote nur auf Grund gesicherter wissenschaftlicher Erkenntnis erfolgen dürfen, auch im GATT. Die EU stellt diesbezüglich nichts als ein Training fürs internationale Parkett dar. Wenn es schwierig ist, die Schädlichkeit eines Stoffes nachzuweisen, muss man eben die nötigen Forschungen vornehmen. Dies ist eine wichtige Aufgabe für die Länder, die entsprechende Schutzbestimmungen erlassen wollen.

EWR und direkte Demokratie

EM: Der EWR hätte auch eine massive Einschränkung der direkten Demokratie in der Schweiz zur Folge gehabt. Wie halten Sie es mit der direkten Demokratie?

DZ: Die Einschränkung der direkten Demokratie durch den EWR wäre zu verkraften, weil die direkte Demokratie auf einer volksnaheren Ebene, zum Beispiel bei der Ausgestaltung von Gesetzen und Vollzugsverordnungen noch stark weiterentwickelt werden kann.

EM: Die Idee der Kompensation von direktdemokratischer Volkssouveränität durch eine Ausweitung der direkten Demokratie auf tieferer Ebene schiesst am Problem vorbei. Der wesentliche Kern der direktdemokratischen Volkssouveränität besteht darin, dass das Volk mit Hilfe von Abstimmungen selber bestimmen kann, wer welche Entscheidungen trifft. Diese Kompetenz wird oft "Kompetenzkompetenz" genannt. Ein Verlust der Kompetenzkompetenz ist nicht zu kompensieren. Demgegenüber kann bei der Bewahrung der Kompetenzkompetenz das Volk sich jederzeit weiter Entscheidungsrechte auf x-beliebigen Gebieten zugestehen. Dazu braucht es keinen EU- oder EWR-Beitritt.

DZ: Die direkte Demokratie ist eine unserer wichtigsten Errungenschaften, deren Erhaltung wir sowohl in der EWR- wie auch in der künftigen EU-Initiative verlangen. Nun stösst die heutige Praxis der direkten Demokratie an ihre Grenzen. Die Fragen, die den Stimmbürgern und Stimmbürgerinnen gestellt werden, sind oft so verdreht, dass es einem weder mit Ja noch mit Nein wohl dabei ist. Das neueste Beispiel ist das Krankenversicherungsgesetz, das von den Vertretern der Alternativmedizin bekämpft, von den Gewerkschaften aber vehement verteidigt wurde. Zudem überspordert die direkte Demokratie oft den

Laien. Für die Abstimmung vom 4. Dezember erhält ich in der Stadt Bern drei Abstimmungsbüchlein. Es ist wohl kaum jemandem möglich, die alle zu lesen. Es ist zudem bei der Lektüre eines Gesetzestextes wie dem Krankenversicherungsgesetz oft schwierig, sich ein Bild über dessen genauen Auswirkungen zu machen.

EM: Das Problem der Ueberforderung durch die Informationsflut ist ein generelles. Es betrifft vor allem auch die Parlamentarier. Diese können ebenfalls nicht über alle Details aller Gesetze im Bilde sein. Es genügt doch oft, über die groben Tendenzen eines Gesetzes Kenntnisse zu haben, um an der Urne einen wohlgegründeten Entscheid zu treffen. Das ist den Bürgerinnen und Bürgern durchaus zuzutrauen.

DZ: Parlamentarier sind zwar nicht über alles informiert, sie sind aber besser informiert als der durchschnittliche Bürger.

EM: Die direkte Demokratie hat unter anderem den Vorteil, die Parlamentarier zu zwingen, sich wirklich mit einer Vorlage auseinanderzusetzen. Im Schweizerischen Parlament wurde am Vorabend zur EWR-Abstimmung eine Umfrage unter den Parlamentariern gemacht. Nur gerade fünf hatten eine halbwegs präzise Ahnung von diesem Vertrag. In der Schweiz mussten sich die Parlamentarier demgegenüber relativ lange und intensiv mit dem EWR auseinandersetzen, weil ein obligatorisches Referendum bevorstand.

DZ: Dies mag durchaus der Fall sein. Jede Abstimmung bietet leider auch Leuten eine Plattform, die gerne Lügen erzählen, so zum Beispiel bei der Abstimmung über die UNO-Rassismuskonvention. Ich glaube aber an die Kraft der guten Ideen: Wenn sie näher an der Wahrheit sind, setzen sie sich schliesslich auch durch.

Die EU als Friedensprojekt

DZ: Ich bin der Meinung, dass die EU in den letzten fünfzig Jahren den Frieden in Westeuropa sicherte. Dies kann man auch konkret überprüfen. Es gibt weniger Raketen, die von einem westeuropäischen Land in ein anderes zielen. Man macht gemeinsame Manöver. Heere werden abgebaut. Es fand kein Krieg mehr statt.

EM: Die Aussage, die EU habe in den letzten Jahrzehnten in Westeuropa den Frieden gesichert, lässt sich schwerlich überprüfen. In Westeuropa fanden zwar keine Kriege mehr statt. Es ist aber nicht sicher, dass dies der EG zuzuschreiben ist. Die westlichen Länder wurden durch einen gemeinsamen Feind zusammengebracht. Zudem sorgte der materielle Wohlstand für eine weitgehende Integration aller sozialen Schichten in das System. Es gäbe zudem wohl andere Formen internationaler Zusammenarbeit, die mindestens so friedensfördernd wären wie die EU-Integration. Nicht zuletzt muss man darauf hinweisen, dass jene westeuropäischen Länder, die

nicht in der EU waren, miteinander ebensowenig im Kriege standen wie die EU-Länder.

DZ: Man kann doch immerhin sagen, dass die EU in Jugoslawien dämpfend gewirkt hat. Ohne die EU wäre Italien gegenüber Slowenien aggressiver aufgetreten. Griechenland wurde durch die EU bezüglich Mazedonien klar in Grenzen verwiesen. Ohne die EU wäre das Pulverfass Jugoslawien schon lange in die Luft gegangen und hätte den Rest Europas vielleicht in kriegerische Abenteuer gerissen.

Die Institutionen der EU

EM: Was halten Sie von den Institutionen der realistierenden EU? Finden Sie diese genügend demokratisch?

DZ: Das EU-Parlament ist bisher schwach, nicht nur wegen der Kompetenzen, über die es verfügt, sondern auch wegen seiner Politik. Meiner Ansicht nach sollte das Parlament viel zielstrebiger arbeiten. Eine Beispiel für die Ineffizienz des EU-Parlamentes: Die Parlamentarier kommen zu den Freitagssitzungen und verlassen kurz nach 9 Uhr, nachdem sie die Sitzungsgelder erhalten haben, die Debatte. Die EU-Kommission ist demgegenüber sehr effizient, da sie sehr gut informiert und organisiert ist. Die Angestellten der EU-Kommission sind Beamte aus den verschiedenen Ländern, die in einem professionellen und sachbezogenen Umgang miteinander stehen. Dies macht die EU-Kommission mit ihren Beamten zu einer Art Think Tank oder ich würde gar sagen: zu einer permanenten Landsgemeinde. Der EU-Gerichtshof spielt im Augenblick eine zu wichtige Rolle, wobei dies durch die Aufbauphase, in der sich die europäische Integration befindet, zu erklären ist. Beziiglich des Ministerrates finde ich es erstaunlich, wie in diesem Rat immer wieder Kompromisse gefunden werden. Von mir aus gesehen ist der Ministerrat als Friedensinstrument par excellence zu betrachten, da sich dort regelmäßig die Leute treffen, die in den verschiedenen westeuropäischen Ländern das Sagen haben. Es ist gut, wenn sich diese Leute persönlich kennen. Zur Demokratiefrage: Von mir ausgesehen sollte man die Lobbies besser institutionalisieren, indem man Vernehmlassungsverfahren einführt, die auch die NGO's von Umwelt-Konsumenten-, Friedens- und Entwicklungsbewegungen einschließt. Der Informationsfluss muss gewährleistet sein. Finanzschwachen Gruppierungen müsste man auch entsprechende Infrastruktur zur Verfügung stellen. Ich bin mir nicht so sicher, dass die Rolle des Parlamentes zur Zeit stark aufgewertet werden kann. Im Ministerrat werden die Interessen der Gliedstaaten wahrscheinlich besser vertreten.

EM: Beziiglich der nicht wirtschaftslastigen NGO's stellt sich aber ein Zeitproblem. Wie lange wird es dauern, bis diese Organisationen ein Kräfteverhältnis aufgebaut haben, das dem innerhalb der traditionellen Territorialstaaten entspricht. Im Augenblick haben die Umweltorganisationen ca. 30 Lobbyisten in Brüssel.

Diesen stehen mindestens 3 000 Lobbyisten der Industrie gegenüber. Dieses Missverhältnis ist bestensfalls in 20 oder 30 Jahren überwunden.

DZ: Ich vertraue auf die EU-Kommission, die durchaus sachgerechte Entscheide treffen kann, die auch die Interessen von nicht-wirtschaftslastigen NGO's berücksichtigen kann. In der Schweiz sieht man manchmal, dass es das Parlament ist, das einer fortschrittlichen Umweltgesetzgebung im Wege steht. Die Verwaltung ist immer für machbare und effiziente Verbesserungen zu haben.

EM: Sind Sie für einen EU-Bundesstaat oder für einen Staatenbund.

DZ: Ich bin nur dafür, Brüssel zu stärken, wenn die Kompetenzauflistung klar geregelt ist. Im gegenwärtigen Zustand ist dies nicht der Fall, was zu unkontrollierter Zentralisierung führen könnten. Eine solche würde ich ablehnen. Ich zähle diesbezüglich auf Deutschland, wo der Druck der Länder zur Subsidiarität führen wird.

EM: Ist "Subsidiarität" nicht ein etwas schwammiger Begriff? Die entscheidende Frage ist doch, wer bestimmt, was auf welcher Ebene besser gemacht werden kann. Entscheidet dies die EU, wird Zentralisierung unwiderstehlich ins Haus stehen.

DZ: Dies ist gar nicht so zwingend. Jacques Delors selbst hat letzten Mai an einer Konferenz betont "Ich glaube an den föderalistischen Ansatz (...) Wenn wir dies erreichen, dann wird die Herrschaft (la domination) nicht eine deutsche, sondern eine schweizerische sein".

Europäische Solidarität

EM: Stichwort europäische Solidarität: Weltweit gesehen gehören auch die ärmeren Länder Europas zu den Reichen, die zuviele Rohstoffe konsumieren und damit auf Kosten der Dritten Welt leben. Auf dem Bundesplatz anlässlich der Demo der eurojeunes europäische Solidarität zu verlangen, mutet entsprechend unsolidarisch an. Solidarität müsste sich doch im Verhalten gegenüber den Ärmsten auswirken?

DZ: Nun, das mit der Solidarität ist wohl Rhetorik. Es geht einfach darum, an Europa teilzuhaben, mitzumachen und mitzugestalten.

EM: 150 Jahre Territorialstaat haben gelehrt, dass die Zentrum-Peripherie-Problematik nicht durch Subventionen gelöst werden kann (z.B. Nord- und Süditalien). Stellt der Strukturfonds somit nicht nur ein Mittel dar, um die Eliten der Peripherien in die EU einzubinden?

DZ: Ich glaube nicht, dass Subventionen immer sinnlos sind. Sie können durchaus Entwicklungsimpulse auslösen. Initiative Menschen

bekommen oft dank Subventionen die Chance, in einem schwierigen Umfeld wieder Fuss zu fassen, so zum Beispiel bei Investitionskrediten an die Landwirtschaft.

EM: Selbstverständlich müssen irgendwelche Ausgleichsmechanismen vorhanden sein. Zweck-gebundene Subventionen verleiten aber etwa die Rand-regionen dazu, zu Lasten der Landschaft und der Natur Projekte durchzuführen, die wenig Sinn machen. Beispiele dafür lassen sich in der Schweiz viele finden. Man denke an die Forstrassen.

DZ: Ich glaube, dass die EU weniger Hemmungen hat, wirksam den Subventionsfluss zu kontrollieren, als dies innerhalb der bisherigen Staaten der Fall ist. Die Kommission braucht etwas weniger parteipolitische Rücksicht zu nehmen.

Die EU als Grossmacht

EM: Viele Staatsmänner der EU haben es bereits ausgesprochen. Der EU geht es nicht zuletzt um die Schaffung einer Grossmacht, um sich künftig die Rohstoffe zu sichern. Wie stehen Sie dazu?

DZ: Grossmächte gibt es nun mal. Ich denke an die USA, an Russland, China und Indien. Die EU ist im Vergleich zu diesen Grossmächten relativ human. Im Umgang mit Entwicklungsländern hat die EU diesen die günstigsten Handelskonditionen gewährt, die es überhaupt gibt (Lomé-Abkommen mit den AKP-Staaten). Die EU ist bisher keine militärische Grossmacht. Europa muss seinen Platz in der Welt einnehmen und behaupten und dabei im Inneren eine soziale und ökologische Politik verfolgen.

EM: Vielen Dank für Ihre Gesprächsbereitschaft.

Ethik als Instrument gegen die Menschenwürde

Bioethik auf Abwegen

Der Europarat, in dem auch die Schweiz vertreten ist, will eine Bioethik-Konvention verabschieden, die alles technisch mögliche - inklusive Embryonenforschung und die Patentierbarkeit von Teilen von Lebewesen - erlaubt. Diese Konvention soll im Sommer 1995 verabschiedet werden, damit 1998 anlässlich der Feiern zum 50 jährigen Jubiläum der UNO-Menschenrechtskonvention auf Grund dieser Vorlage eine UNO-Bioethik-Konvention verabschiedet werden kann.

von Claudia Soldati

Seit bald 20 Jahren beschäftigt sich der Europarat mit den rechtlichen, sozialen und ethischen Aspekten des wissenschaftlichen und technologischen Fortschritts und hat diesbezüglich eine Vielzahl von Resolutionen, Empfehlungen, Direktiven und Übereinkommen verabschiedet. 1985 wurde anlässlich der Europäischen Ministerkonferenz in Wien und der Konferenz der Europäischen Justizminister in Edinburgh beschlossen, eine Bioethik-Konvention ausarbeiten zu lassen. Im September 1990 wurde ein Lenkungsausschuss "Bioethik" (CDBI: Comité directeur de la bioéthique) gegründet, dem VerwaltungsexpertInnen aller Mitgliedstaaten des Europarates angehören.

Der Lenkungsausschuss sollte die Rahmenbedingungen für gemeinsame, allgemeine Standards zum Schutz der menschlichen Person im Zusammenhang mit den Entwicklungen in der biomedizinischen Forschung und Praxis formulieren.

Claudia Soldati ist Biologin, Mitarbeiterin beim Basler Appell gegen Gentchnologie.

Der gewählte Rahmen sollte über die rein nationalen Versuche, welche das Aktionsfeld der Bioethik beherrschen, hinausgehen und zu einer Vereinheitlichung von Prinzipien und Normen auf universeller Basis führen. Am 18. November 1993 wurde das Ergebnis dieser Bemühungen, der Entwurf einer Bioethik-Konvention, der Parlamentarischen Versammlung des Europarats vorgelegt. Diese wies den Entwurf am 5. Oktober 1994 zur Ueberarbeitung an den Lenkungsausschuss zurück. Massgebend dafür waren vor allem Einwände des Rechtsausschusses der Parlamentarischen Versammlung, welcher den Entwurf vorberaten hatte.

Kritik hat der Entwurf der Bioethik-Konvention auch in einer breiten Öffentlichkeit hervorgerufen, denn die darin enthaltene Botschaft ist in wenigen Worten ausgedrückt: Forschung ist gut. Dieses sogenannte Grundsatzpapier schützt in erster Linie die Interessen derjenigen, die eine ungehinderte Forschung im Humanbereich wollen und sichert den Zugriff auf das notwendige Experimentiersmaterial, gemeint sind damit der Mensch und seine

Erbanlagen, sowie den freien Austausch von Datenmaterial. Der ursprünglich anvisierte Schutz der Menschenwürde bleibt dabei auf der Strecke. Besonders heftige Kritik haben folgende Punkte der Konvention ausgelöst:

Artikel 6, Abs. 2, erlaubt in Ausnahmefällen - wie zu Forschungszwecken im Gesundheitsbereich - Eingriffe an eingeschränkt handlungsfähigen Personen auch dann, wenn diese nicht zu deren direktem Nutzen sind, sondern Drittpersonen zu Gute kommen. Die Eingriffe müssen allerdings mit einem minimalen Risiko und einer minimalen Belastung für die eingeschränkt handlungsfähige Person verbunden sein.

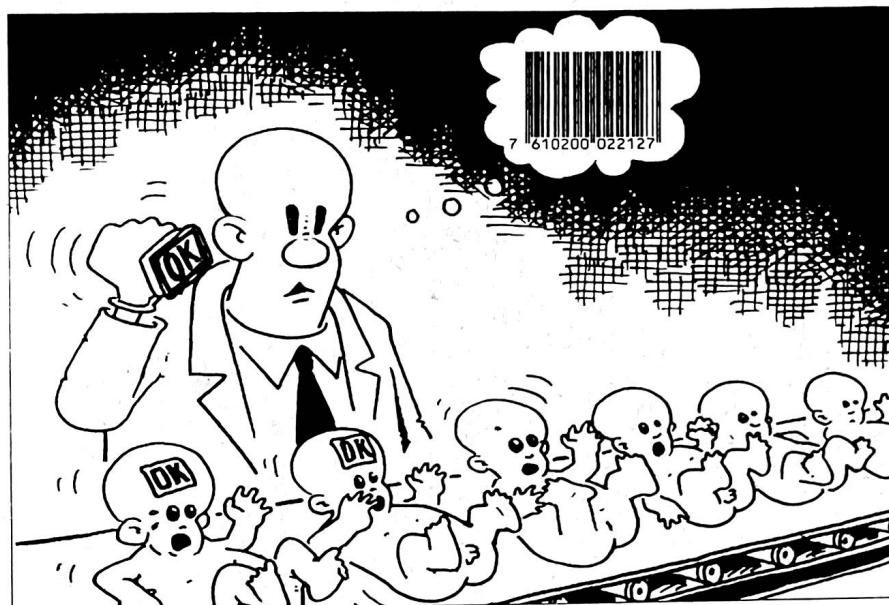
Artikel 15 lässt die Forschung an lebenden Embryonen bis zum Alter von 14 Tagen zu.

Artikel 16 sieht die Möglichkeit von Interventionen am menschlichen Genom zu präventiven, therapeutischen oder diagnostischen Zwecken vor, wenn damit keine Beeinträchtigung der Keimbahnzellen verbunden ist.

Artikel 17 lässt Gentests zur Voraussage von genetischen Krankheiten zu.

Artikel 18 erlaubt die Bekanntgabe von Resultaten genetischer Tests auch außerhalb des Gesundheitswesens und zwar zur Wahrung der nationalen Sicherheit und der öffentlichen Ordnung, zur Vorbeugung von Unruhen oder Verbrechen, zum Schutze der öffentlichen Gesundheit oder zum Schutze der Rechte und Freiheiten Dritter.

In der Schweiz haben sich die NOGERETE und der Basler Appell gegen Gentechnologie ausführlich mit dem Konventionsentwurf auseinandergesetzt. Aus einer tiefen Betroffenheit heraus über die Unverantwortlichkeit, mit der im Konventionsentwurf der Begriff "Menschenwürde" missbraucht wird, um einen Garantieschein für die ungehinderte Forschungsfreiheit zu erlangen, haben die beiden Organisationen ihr Manifest "Zum Schutz der Menschenwürde" verfasst, das dieser EM-Nummer beiliegt.



Dieses Manifest richtet sich an alle Bürgerinnen und Bürger Europas. Es umfasst nicht alle Punkte, die in der Diskussion um die Gentechnik und Medizin häufig sind, aber es bezeichnet ein ethisches Minimum, hinter das sich eine breite europäische Öffentlichkeit stellen kann. Das Manifest soll auch in der Schweiz die in anderen Ländern längst angelaufene Debatte um die Bioethik in Gang bringen und möglichst viele Menschen veranlassen, in die unbedingt nötige Diskussion um die laufende Humanmedizingesetzgebung einzutreten.

Inzwischen liegt bereits die überarbeitete Fassung des Konventionsentwurfs vor. Sie wurde am 2. Februar 1995 von der Parlamentarischen Versammlung des Europaparates, der auch Schweizer Delegierte angehören, mit grosser Mehrheit gutgeheissen. Grundlegende Änderungen wurden jedoch nicht vorgenommen, und so ist diese Zustimmung praktisch ein Freipass für den Lenkungsausschuss. Hier ein paar Beispiele der nach wie vor umstrittenen Punkte:

Geschützt wird die Kommerzialisierung von Geweben,

Eingriffe an eingeschränkt handlungsfähigen Personen zu Forschungszwecken mit übergeordnetem Interesse sind zwar nun nicht mehr möglich, aber im Bereich der Transplantationsmedizin sind nach wie vor die Entnahme von regenerierbarem Gewebe, zum Beispiel Haut oder Knochenmark, zum Nutzen von Drittpersonen auch ohne Zustimmung der eingeschränkt handlungsfähigen Person erlaubt.

Die Forschung an lebenden Embryonen bis zum Alter von 14 Tagen ist nach wie vor erlaubt.

nicht aber die Daten von Gentests

Der Datenschutz, die Resultate von Gentests betreffend, ist nach wie vor mangelhaft oder ungenau formuliert. Es bleibt ein zu grosser Spielraum für eine willkürliche Auslegung der Bestimmungen. So können Daten über die genetischen Veranlagungen von MitarbeiterInnen erhoben, verarbeitet und gespeichert werden. Bei übergeordnetem Interesse, wie bereits oben ausgeführt, können Ergebnisse von Gentests bei Einzelpersonen oder bei Massentests auch an Stellen ausserhalb des Gesundheitswesens weitergegeben werden. Die nationale Gesetzgebung kann die BürgerInnen dabei kaum vor Missbrauch schützen, da sowohl in der Schweiz als auch europaweit eine griffige Datenschutzgesetzgebung fehlt.

Sprachliche Hintertüre für die Patentierbarkeit von "Teilen als solche"

Zu einer momentan sehr aktuellen und wichtigen Frage bezieht die Bioethik-Konvention keine Stellung. Es handelt sich um die Frage nach der Patentierung von menschlichen Zellen oder Genen. Diese Frage wurde scheinbar nicht diskutiert oder als unwesentlich abgetan. Einzig in Artikel 6 finden wir einen Hinweis auf die Patentierungsproblematik.

Gentechnologie

Das Europaparlament hat den seit sieben Jahren diskutierten Entwurf einer Richtlinie zur Patentierung von menschlichen, tierischen und pflanzlichen Genen abgelehnt. Die Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion begründete ihr Nein mit dem Hinweis, mit der Annahme der Richtlinie sei die Züchtung von Menschen nicht mehr weit. Die deutsche Grüne Hiltrud Breyer meinte, der Mensch würde mit der Richtlinie zu biologischem Material degradiert, zu Rohstoff, mit dem Handel betrieben werden dürfe. Die Befürworter der Richtlinie wiesen darauf hin, ohne gesetzliche Regelung hätte man keine Möglichkeit, die Forschung zu überwachen. Die Forschung würde hinter verschlossener Tür betrieben. Zudem würde man durch Japan und die USA überrundet. Beim europäischen Patentamt in München liegen mehr als 1000 Patentanträge, die mit der gentechnischen Erforschung von Pflanzen, Tieren oder Menschen zusammenhängen. Mehr als 50 Patente wurden bereits erteilt. NZZ, 3. 3., 1995). Die EU-Kommission ist mit dem Entscheid des EU-Parlamentes unzufrieden. Nach Angaben des Industrie-Kommissars Bangemann wird ein neuer Richtlinienentwurf ausgearbeitet, der sich im wesentlichen Zügen am alten orientiert, der jedoch in einigen Punkten den Kritiken des EU-Parlamentes Rechnung trägt. NZZ, 10. 3.) . pr.

Dort steht: Der menschliche Körper und seine Teile dürfen als solche nicht zur Erzielung eines finanziellen Gewinnes verwendet werden. Diese Haltung erstaunt um so mehr als im Europaparlament zur Zeit die Diskussion um eine Patentrichtlinie geführt wird, die lautet: Der menschliche Körper und seine Teile sind als solche nicht patentierbar. Auch hier tauchen die Worte "als solche" auf, zwei unscheinbare Worte, doch mit einer grossen Wirkung. Sie bedeuten, dass nur Zellen und Gene im menschlichen Körper drin "als menschlicher Körper und seine Teile" bezeichnet werden. Ausserhalb des Körpers, das heisst isoliert, gelten sie nicht mehr als solche und sind folglich patentier- und kommerzialisierbar.

Bioethische Leitplanken zum Schutze des technisch Möglichen

Die vom Europarat verabschiedete Konvention "Zum Schutze der Menschenwürde" wird unter diesem Deckmantel zur Wegbereiterin einer ungehinderten Forschung am Menschen. Die bioethischen Leitplanken sind so gesetzt, dass fast alles, was heute technisch machbar ist, erlaubt ist. Die einzige Einschränkung ist das Verbot der Keimbahntherapie. Doch dies ist nur eine scheinbare Einschränkung, denn hier sind die Forschenden technisch noch nicht so weit. Das Gleiche gilt übrigens bei der Embryonenforschung, wo die technischen Möglichkeiten die Beschränkung auf Experimente mit bis zu 14 Tage alten Embryonen bestimmen und nicht etwa ethische Bedenken. Es geht einzig und allein um die Schaffung von Akzeptanz einerseits von Hochleistungsforschung und andererseits um den Abbau öffentlicher Leistungen, denn Krankheit soll nach den Vorstellungen der VerfasserInnen der Konvention zunehmend vermeidbar und Gesundheit machbar sein. Die letzte Konsequenz dieses Denkens bedeutet, dass, wer die Hilfe der modernen Biomedizin ausschlägt, selbst schuld ist. Bioethik wird so als Vermittlungs- und Dienstleistungsagentur missbraucht, um die reibungslose Überführung des homo materia (der Mensch als Materiallieferant) in die Forschungseinrichtungen selbstverständlich erscheinen zu lassen. Denn die Verteilung des gewonnen Materials oder Rohstoffs mit dem Ziel der Kommerzialisierung soll nach Ansicht der Forschenden nach allgemein gültigen Kriterien stattfinden können. Auch die Versagung von Hilfsangeboten sucht man dann mittels objektiver Regeln zu begründen, um die neuen Optionen "pflegen oder töten", "Körper gegen Geld" öffentlich verhandelbar zu machen. (nach Erika Feyerabend).

Wie geht es weiter?

Die Bioethik-Konvention soll nochmals überarbeitet werden. Ende Sommer soll sie dann vom Europarat

und anschliessend im Februar 1996 von der Aussenministerkonferenz verabschiedet werden. Das rasche Tempo, das hier angeschlagen wird, hat einen besonderen Grund. 1998 wird die UNO-Menschenrechtskonvention 50 Jahre alt, Anlass für eine Jubiläumsfeier.

Als Höhepunkt der Feierlichkeiten soll eine UNO-Bioethik-Konvention verabschiedet werden, die inhaltlich auf die europäische Vorläuferin abgestimmt ist. Ein paar wenige ExpertInnen werden also den ethischen Rahmen abstecken, in dem sich die zukünftige biomedizinische Forschung weltweit abspielen wird. Das darf nicht geschehen. Die NOGERETE und der Basler Appell gegen Gentechnologie werden sich auch weiterhin gegen diese Bevormundung wehren. Ethik geht uns alle an. Wir alle sind aufgerufen, uns in dieses Thema einzumischen. Mit dem "Manifest zum Schutze der Menschenwürde" zeigen wir einen Weg auf, mit dem nicht einfach Forschung und Kommerzialisierung von Wissen verunmöglicht, sondern nur in gesell-

schaftlich sinnvolle Schranken gewiesen wird. Dabei geht es um unsere Zukunft und um den Schutz der Menschenwürde von uns allen.

Der Forumsvorstand hatte an seiner Sitzung vom 1.12.94 beschlossen, das Bioethik-Manifest nicht zu unterzeichnen. Dies wegen einem Passus in der Präambel, wo das Wort faschistisch verwendet wird. Aus der Sicht der Vorstandsmitglieder ist der Tatbestand "faschistisch" nicht gegeben und stellt somit eine Verharmlosung der industriellen Vernichtung von Menschen dar, wie sie unter den faschistischen Regimen stattgefunden hatte. Mit den inhaltlichen Forderungen waren hingegen alle einverstanden. Damit die Mitglieder und AbonenntenInnen des EM das Manifest unterschreiben können, wenn sie wollen, liegt es dieser Nummer bei.

Die GATT-Diskussion verhindern, heisst sich dessen katastrophalen Wirkungen bewusst sein

An der Schwelle zur postdemokratischen Zeit

Das GATT läutet die postdemokratische Epoche ein und die Gesetze der einzelnen Staaten verlieren an Bedeutung. Wann immer die nicht-demokratisch gewählte Gerichtsinstanz des GATT entscheidet, dass eine Bestimmung der Ideologie der freien Marktwirtschaft widerspricht, muss der gerügte Staat sich unterwerfen - oder mit Strafen rechnen. Dass bei einer solchen weltweiten Deregulierung nebst der Demokratie auch die sozialen Errungenschaften auf der Strecke bleiben, versteht sich von selbst. Doch noch ist es nicht so weit.

von Christoph Pfluger

Der drohende Untergang der Demokratie, über den seit Jahrzehnten gesprochen und geschrieben wird, ist eine vielschichtige, langsame Entwicklung. Wenn aber ein Ereignis die Schwelle zur postdemokratischen Zeit markiert, dann ist es das GATT, das der Welt nun zur Ratifizierung vorgelegt wird. Mit ihm verlieren die Staaten die Kontrolle über die wichtigste Kraft auf diesem Planeten, die Wirtschaft. Unsere politischen Instrumente kommen mit der Welt nicht mehr zurecht. Die Entscheidungen des Volkes passen den Regierenden nicht in den Kram. Die Regierungen ihrerseits, bzw. die Lobbies, die hinter ihnen stehen, haben Absichten, die unter demokratischen Verhältnissen nicht oder nur schwer zu realisieren sind. Das Resultat ist eine Politikverdrossenheit in sämtlichen westlichen Demokratien, eine Zunahme an Projekten, die die Volksrechte einschränken und ein erschreckender Vertrauensverlust der Regierungen. Man hat sich schon so an diese alarmierenden Meldungen gewöhnt, dass viele glauben, ein demokratisches Regierungs-

system könne auch ohne Vertrauen funktionieren. Dem ist aber eindeutig nicht so.

Der Zwang zum Profit

Wir leben in einer ökonomischen Welt. Das heisst, dass die Entscheidungen zur Hauptsache von wirtschaftlichen Überlegungen dominiert werden. Dies trifft nicht nur auf unser individuelles Leben zu, das für die allermeisten vom Zwang zum Geldverdienen bestimmt wird. Auch kollektiv sind die treibenden Kräfte auf der Erde nicht die Liebe oder das Schöne, weder der Drang zur Freiheit noch das Streben nach Gesundheit oder das Überleben kommender Generationen. Die primäre Energie, nach der sich alle anderen Kräfte richten, ist der Zwang, Profite herauszuwirtschaften. Das Geld ist auf der Erde nicht mehr Mittel zum Zweck. Es ist, vor allem bei den Grossprojekten, die das Gesicht der Welt verändern, das eigentliche Ziel. Warum das so ist, entzieht sich meiner Kenntnis, und ich denke, dass

man die Ursache für die Dominanz der Ökonomie gar nicht im engeren Sinn des Wortes "wissen" kann. Vermutlich gehört es zur schicksalhaften Aufgabe der Menschheit, ganz tief im Materialismus zu versinken, um die Notwendigkeit seiner Überwindung erst wirklich zu begreifen. Wer genau hinschaut, erkennt sogar, dass uns die Vorherrschaft der Ökonomie nicht nur eine Ausrichtung unseres Lebens auf den Materialismus, den Besitz auferlegt. Das ginge ja noch. Der weltweite Konkurrenzkampf, dem das GATT nun noch die letzten Schleusen öffnen will, zwingt uns vielmehr dazu, immer mehr Profit zu erzielen als die Mitkonkurrenten, weil das Kapital, die vitale Überlebensenergie, ohne Lenkung immer dorthin fliest, wo es am meisten Profit erzielt.

Bis jetzt war unser Zusammenleben in den westlichen Demokratien so gestaltet, dass, rein theoretisch, das Ziel des Geldmachens immer noch dem Willen des Volkes, bzw. seiner gewählten Vertreterinnen und Vertreter unterstand. Die Parlamentarier in den meisten Ländern hatten es wenigstens bis zu einem gewissen Grad in der Hand zu bestimmen, wie Profite erzielt werden durften und wie nicht. Die vielfältige, wenn auch oft ungenügende oder gar wirkungslose Gesetzgebung zum Schutz der Konsumentinnen, der Arbeiter, der Umwelt oder der Kinder sind Zeugnis dafür. Klar, die Lobbies, die sich gerne über Parlamentsentscheide oder, im Fall der Schweiz, über Volksentscheide hinwegsetzen, haben ein ungleich höheres Gewicht. Die Verbreitung der gefährlichen Kernenergie oder der Bau zahlloser, verheerender Riesenstaudämme gegen den Willen der Völker, beweisen die Durchsetzungskraft der Mächte hinter unseren demokratischen Institutionen.

Die Wirtschaft greift nach der politischen Macht

Die Ökonomie - darüber hätten wir uns längst im klaren sein sollen - musste früher oder später auch ganz direkt nach der politischen Macht greifen. Es darf uns deshalb nicht überraschen, wenn nun die Dynamik des globalen Business versucht, die demokratischen Entscheidungsmechanismen ausser Kraft und andere, von ihr kontrollierte Wirtschafts-Institutionen an ihre Stelle zu setzen. Die GATT-Uruguay-Runde ist ein qualifizierter Versuch dazu. Die Wirtschaftsgesetzgebung ist der Schlüsselbereich eines jeden Landes. Wer ihn aus der Hand gibt, verliert schliesslich auch die verbliebene Restsouveränität. In der Tat beschneidet das revidierte GATT die Rechte der einzelnen Nationen ganz gravierend, zum Wohle ihrer Bevölkerungen wirtschaftlich relevante Regelungen zu treffen. Zum Beispiel:

- Regierungen verlieren die Möglichkeit, Investitionen ausländischer Konzerne zu beschränken, z.B. durch die Festlegung einer

Höchstgrenze des Aktienanteils auf 49%.

- Regierungen geben die Instrumente aus der Hand, Arbeitsplätze im eigenen Land gegen unsaferen Wettbewerb von Konkurrenten aus Billiglohnländern zu schützen.
- Regierungen verlieren das Recht, die Ausbeutung ihrer natürlichen Ressourcen durch internationale Konzerne zu beschränken
- die einzelnen Staaten verlieren weitgehend das Recht, Importe von Gütern, die nicht den nationalen Standards entsprechen, einzuschränken oder zu verbieten.
- die Staaten verlieren die Möglichkeit, ihre Landwirtschaft vor der Bedrohung durch Monokulturen und gentechnologisch verändertem Saatgut zu schützen. Ausnahmen sind möglich, doch ist das GATT-Regime zwecks Durchsetzung der globalen Deregulierung ausserordentlich rigide. Länder, die einschränkende Massnahmen nicht nach "international anerkannten wissenschaftlichen Standards" beweisen können, werden zu horrenden Strafen verurteilt oder müssen weltweite Sanktionen gewärtigen.

Absurde Expertentribunale

Besonders stossend ist der Streitschlichtungsmechanismus, der in krassem Widerspruch zur bisherigen internationalen Rechtspraxis steht. Ein plausibles Konfliktbeispiel: Das Land A will die Hormonfleisch-importe aus dem Land B nicht zulassen. Land B gelangt an die World Trade Organisation (WTO), der GATT-Nachfolgerin, wo ein Expertentribunal aus nicht-gewählten Freihandelspezialisten hinter verschlossenen Türen und unter Ausschluss der Presse zu Gericht sitzt. Wenn das Land A nicht international anerkannte, wissenschaftliche Erkenntnisse zur Stützung des Importverbots heranführen kann (sondern vielleicht nur national anerkannte Studien), wird es das Importverbot zurücknehmen müssen. Die Appellationsmöglichkeit ist lächerlich: Das Land A hat die Möglichkeit, den Entscheid des Expertentribunals allen WTO-Staaten vorzulegen. Nur wenn diese Staaten den Entscheid innert 60 Tagen einstimmig (also einschliesslich des Hormonfleischlandes B) rückgängig machen, darf Land A das Importverbot straffrei aufrechterhalten. Man muss dieses Prozedere zwei Mal lesen, bis man seine Stupidität ermessen kann. Selbst Mickey Kapor, der unzimperliche amerikanische Delegierte bei den GATT-Verhandlungen hat zugegeben, dass es noch verbessert werden muss.

Eine GATTastrophe für die Volksrechte

Nicht nur ist das GATT, inhaltlich gesehen fundamental antideomatisch, auch die Art, wie es jetzt in den verschiedenen Ländern durch die Instanzen gepresst werden soll, lässt sämtliche Alarmlampen

ausleuchten. Clinton hat für dieses Monsterpakt, das u.a. Millionen von Arbeitsplätzen akut gefährdet, das sog. "fast track procedure" durchgedrückt, eine Art Dringlichkeitsverfahren, das die parlamentarische Behandlungszeit auf groteske 20 Stunden beschränkt. Einzelne Parlamentarier wurden massiv unter Druck gesetzt. Die EU hat ihrerseits versucht, das GATT durch die Kommission, das heißt durch Beamte, ratifizieren zugelassen, eine Absicht, die vom Europäischen Gerichtshof allerdings nicht gestützt wurde. Jetzt müssen immerhin die einzelnen Länder einzeln ratifizieren, in der Regel durch Parlamentsbeschluss.

Auch in der Schweiz, wo die Volksrechte ausgebaut sind, wie sonst nirgends, verlief das Ratifizierungsprozedere hart an der Grenze der Legalität. So wurde zum Beispiel die allgemeine Vernehmlassung zum GATT gestartet, bevor die fraglichen Dokumente auf deutsch erhältlich waren. Zudem lief die Vernehmlassungsfrist über die Sommerferien, eine Zeit, in der sich politisch wenig bewegt. Die zwei Botschaften des Bundesrates, zusammen immerhin 720 Seiten dick, erschienen bereits rund einen Monat nach Ablauf der Vernehmlassungsfrist, entsprechend schludrig sind sie verfasst. Das komplexe GATT-Dossier wurde mit einem Tempo in die politischen Institutionen gebracht, dass weder die Parlamentarier noch das Volk wahrnehmen konnten, worum es wirklich geht.

Mir ist die aburde Eile nur dadurch erklärlich, dass die internationalen Promotoren des GATT, die

Multis, die ja auch in erster Linie davon profitieren, ja nichts anbrennen lassen wollen. Mit dem GATT können Sie ihren alten Plan eines globalen Wirtschaftsraumes mit einem kompetitiven weltweiten Arbeitsmarkt, der die Löhne gewaltig nach unten bringen wird, verwirklichen. Je mehr über das GATT diskutiert wird, desto mehr Menschen werden sich der GATTastrophe bewusst, die über sie hereinzubrechen droht. Und desto geringer sind die Chancen, den Vertrag durchzubringen. Noch haben wir diese Schwelle zur postdemokratischen Zeit nicht überschritten. Es bleiben noch ein paar Tage und Wochen Zeit, um zur Vernunft zu kommen und wenigstens eine demokratische Debatte in Gang zu bringen.

Basisdemokratischer Bastelbogen

Die Zeitschrift "Der ZeitPunkt", die das GATT-Referendum mitinitiiert hat, hat in ihrer neusten Ausgabe einen "basisdemokratischen Bastelbogen" veröffentlicht. Er enthält Kopiervorlagen für GATT-kritische Ansichtskarten, Kleber und Unterschriftenbogen sowie Druckvorlagen für verschiedene Inserate. Der Bastelbogen kann zusammen mit dem jüngsten GATT-Special des "Der ZeitPunkt" mit einem an sich selbst adressierten C5-Couvert zu den Selbstkosten von Fr. 2.50 (in Briefmarken beilegen) bestellt werden bei: Redaktion "Der ZeitPunkt", Viaduktstr. 8, 4512 Bellach, Tel. 065/38 35 02.



Dieser Text wurde von der Zeitschrift "Kalter Kaffee - ganz heiss", die vom Zürcher Arbeitslosenkomitee herausgegeben wird.

Arbeitslose aller Länder - vereinigt Euch!"

Europa ist reich - an Arbeitslosigkeit und Armut

Unter dem Motto «Europa ist reich - an Arbeitslosigkeit und Armut» fand in Kerkrade (NL) vom 16. - 22. Oktober 94 die Jahreskonferenz des Europäischen Netzwerks der Arbeitslosen (European Network of Unemployed ENU) statt. Aus der Schweiz nahmen erstmals zwei Beobachter als Vertretung der Vereinigung Schweizer ArbeitslosenKomitees (VESAK) teil.

Vor zehn Jahren ist die ENU als Dachorganisation der Arbeitslosen im EG-Raum gegründet worden. Die ENU macht Lobbyarbeit für die Arbeitslosen im Europaparlament der EU, sowie im Europarat in Strassburg. In jüngster Zeit nimmt die ENU auch Arbeitslosenorganisationen ausserhalb der EU auf. 1990 verabschiedete sie eine Charta der Rechte der Arbeitslosen, welche die Sozialcharta der EU-Kommission ergänzen soll. (siehe nebenstehende Spalte)

An der letztjährigen 10. Jahreskonferenz der ENU in Kerkrade (NL) nahmen 120 Personen teil: Delegationen der Mitgliedorganisationen (Deutschland, Dänemark, Finnland, Frankreich, Grossbritannien, Irland, Niederlande, Österreich, Portugal, Spanien), Beobachter aus Griechenland, Polen, Belgien und der Schweiz, ein Vertreter der ILO (Internationale Arbeits-Organisation, Genf), Vertreter der Europäischen Union (Brüssel) und des Europarates (Strassburg).

Arbeitslosigkeit in Europa

Angesichts eines Europas mit mehr als 20 Millionen Arbeitslosen und mehr als 50 Millionen Menschen, die in Armut leben, stellte die ENU ihre Konferenz unter das Motto «Europa ist reich - an Arbeitslosigkeit und Armut». Am ersten Tag gab es einen Austausch über die Erfahrungen in den einzelnen Ländern. In Holland steigt seit dem Regierungswechsel die Arbeitslosigkeit wieder; in Österreich ist die Quote gleich hoch wie nach dem Krieg; in Dänemark gibt es 800 000 Arbeitslose, in Spanien über 3 Millionen; in Schottland sind nach den Privatisierungen der Staatsbetriebe die inoffiziellen Zahlen mindestens 2 Millionen höher als zugegeben; Irland hat 20% Arbeitslose, desgleichen in Finnland; in Deutschland liegt die Quote zwischen 15% (im Osten) und 9% (im Westen). In den meisten Ländern wird Sozialabbau betrieben, die Arbeitslosenzahlen werden künstlich niedrig gehalten, die Fürsorgeabhängigkeit und Armut steigen. Die politischen und ökonomischen Massnahmen der europäischen Regierungen vermögen die Situation

nicht zu verbessern. Die Kluft zwischen arm und reich vertieft sich.

In den folgenden Tagen wurden die dringendsten Fragen der Arbeitslosen unter den Aspekten a) Schaffung von Arbeitsplätzen, b) Verbesserungen in der sozialen Wohlfahrt, c) Frauen und Erwerbslosigkeit, in verschiedenen Workshops diskutiert.

Schaffung von Arbeitsplätzen

Die Konferenz hält fest, dass es Aufgabe des Staates ist, jedem Arbeitswilligen einen bezahlten Job zu garantieren. Dies gilt, solange in unserer Gesellschaft ein menschenwürdiges Leben nur über ein Arbeitseinkommen erreichbar ist. In die neuen Maastrichter Verträge von 1996 soll als Ziel die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen aufgenommen werden. Angesichts der Produktivitätsfortschritte können mehr Arbeitsplätze nur durch Umschichtung der Arbeit, Arbeitszeitverkürzungen, Bildungsurlaub und Senkung des Pensionierungsalters erreicht werden. Eine Kontrolle und Besteuerung der Profite (auch aus Geldtransfers) ist nötig, um einen Fond für die Schaffung neuer Stellen, vor allem auch für die Jungen, zu ermöglichen. Ebenso wichtig wie die Subventionen, welche in Industrie, Landwirtschaft und Dienstleistungssektor fliessen, sind die Investitionen im Sozial-, Erziehungs- und Pflegebereich.

Soziale Wohlfahrt

Die Konferenz wehrt sich gegen die offenen und verdeckten Kürzungen im Wohlfahrtssystem und verlangt, dass ein grösserer Anteil der Unternehmerprofite in dieses System investiert wird. Ein Mindesteinkommen für alle soll unter Berücksichtigung ihres Lebensstandards gesichert sein. Die Privatisierung der Sozialversicherungen wird abgelehnt. Die Zwangsvorschreibung von Beschäftigung und Arbeit ist entwürdigend und kann in Lohndumping ausarten.

Frauenarbeit

Die Konferenz ist betroffen, dass beinahe 50% der Frauen stellenlos sind. Eine Änderung in der Betrachtung von Rolle und Platz der Frauen in der Gesellschaft ist nötig. Dazu gehört, dass:

- bisher unbezahlte Familienarbeiten (inkl. Pflege und Freiwilligenarbeit) als qualifizierte und wertvolle Arbeit honoriert werden.
- Frauenquoten in den Betrieben eingehalten werden.
- Kindertagesstätten angeboten werden.
- für Mann und Frau gleiche Lohnansätze gelten.
- sowohl Erwerbsarbeit als auch Familienarbeit zwischen Mann und Frau geteilt werden.

Arbeitslose, organisiert Euch!

Die Konferenz ruft die Arbeitslosen auf, sich zu organisieren und sich gegen Verschlechterungen zu wehren. Die ENU bemerkt, dass die Arbeitslosen in ihren Selbsthilfe-Initiativen, Netzwerken und Organisationen Fortschritte gemacht haben. Weiterhin erklärt sie sich bereit, als ENU oder über ihre nationalen Mitgliedorganisationen, zusammenzuarbeiten mit den Gewerkschaften, den Kirchen und anderen Organisationen sowie mit anderen Netzwerken, die gegen den sozialen Ausschluss und Unterprivilegierung kämpfen. Das Ziel ist soziale Gerechtigkeit und eine Neubeurteilung der sozialen Werte «Arbeit», «sozialer Status», «grundlegende Menschenrechte», «Formen der Familie».

Anerkennung international

Die Konferenz verlangt von den nationalen Regierungen und der EU:

- Die Schulden des zusammenbrechenden sozio-ökonomischen Systems dürfen nicht länger den Opfern, den Arbeitslosen und Armen, aufgeladen werden.
- Arbeitslosenorganisationen sollen auf nationaler und supranationaler Ebene anerkannt werden.
- Die Betroffenen wollen einen verbesserten Zugang zu den EU-Geldern.
- Arbeitslosen und ihrer Organisationen sollen bei Entscheiden über Arbeitsmarkt und soziale Reichtümer miteinbezogen werden.

Die meisten nationalen Arbeitslosenorganisationen werden von den Gewerkschaften, zum Teil von den Kirchen oder den Gemeinden unterstützt. Dass die Schweizer Arbeitslosenkomitees vor allem dank

Gratisarbeit funktionieren - und dies in der reichen Schweiz - erstaunte allgemein. Im Abschlussplenum wurde die VESAK als Organisation der Schweizer Arbeitslosen für ein Jahr auf Probe in die ENU aufgenommen. Obwohl die offizielle Schweiz nicht Mitglied der Europäischen Union ist, haben die Schweizer Arbeitslosen also Anschluss auf europäischem Niveau gefunden.

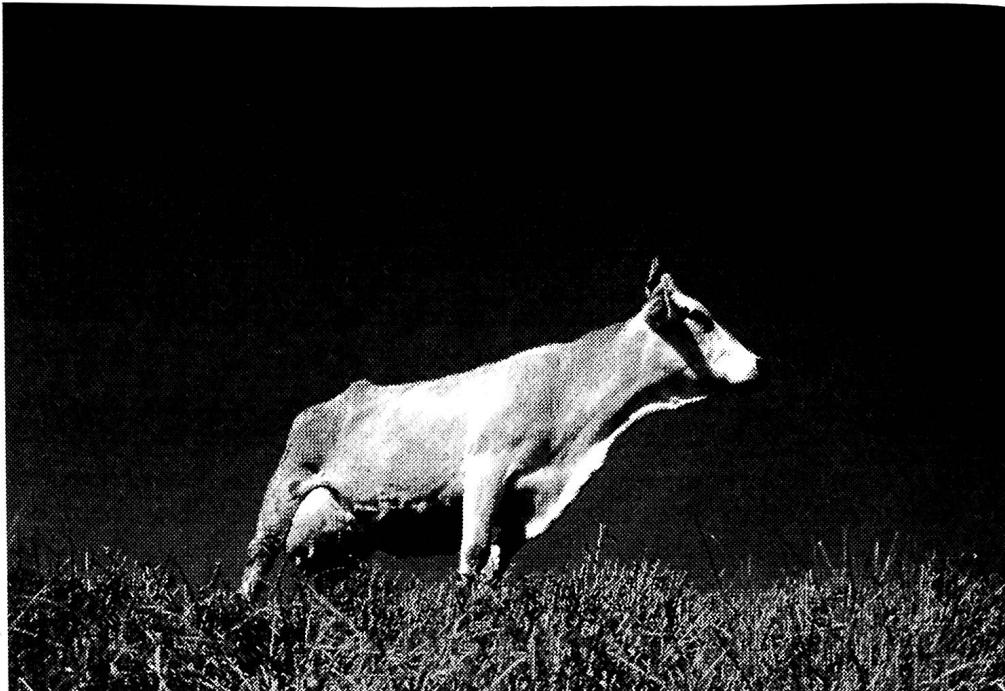
Charta der Rechte der Arbeitslosen

Das Europäische Netzwerk der Arbeitslosen fordert:

1. Ein politisches und wirtschaftliches Engagement für Vollbeschäftigung.
2. Eine gerechte Verteilung von (Erwerbs-)Arbeit und Freizeit.
3. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze zur Produktion und Bereitstellung von Waren und Dienstleistungen, die gesellschaftlich benötigt werden.
4. Die Chancengleichheit von Frauen, Jugendlichen und älteren Menschen auf dem Arbeitsmarkt.
5. Die Schaffung von gesellschaftlich nützlichen Arbeitsplätzen.
6. Ein ausreichendes Einkommen für alle.
7. Ein Ende der Diskriminierung bei der Bezahlung der Sozialhilfe. Den Zugang zum Arbeitsmarkt und angemessene Förderung benachteiligter Gruppen.
8. Zugang zu qualitativ hoher Ausbildung und Umschulung für Erwerbstätige und Arbeitslose bei ausreichender Deckung der entstehenden Kosten.
9. Die Bereitstellung finanzieller Mittel für Arbeitslosenorganisationen.
10. Dass die Erwerbstätigen und ihre Organisationen zusammen mit den Arbeitslosen und ihren Organisationen ihre gegenseitige Verantwortung füreinander akzeptieren.

Oktobre 1990

Auch wenn man Kühe heute wieder öfter auf der Weide sieht – die meisten meiner Kolleginnen müssen immer im Stall bleiben, haben wenig Tageslicht und Einstreu, dafür viel Chemie im Futter. Von Schweinen und Hühnern ganz zu schweigen . . .



- KAG-freiland-Eier gibt's in über 500 Läden – in jedem grösseren Ort. Achten Sie auf die grüne KAG-Garantiebanderole um die Schachtel!
- KAG-freiland-Fleisch ist in «Fidelio»-Metzgereien erhältlich – oder via KAG direkt vom Bauernhof. KAG-freiland-Käse ebenfalls.

Jetzt aber freiland!



Die «Ökologisierung» der Landwirtschaft steht schon auf jeder Windfahne. Meist handelt es sich dabei um leeres Stroh – und fast immer ist vom Wohl der Tiere *nicht* die Rede. Ja: sogar umweltfreundliches Bauern (Bio) ist noch keine Garantie dafür, dass es den Tieren gut geht.

Zum Glück gibt's die KAG. Als «Konsumenten-Arbeitsgruppe für tier- und umweltfreundliche Nutztierhaltung» konzentriert sich dieser gemeinnützige Verein seit 1972 auf Förderung und Kontrolle einer Freilandhaltung, die diesen Namen verdient. Anfangs belächelt, wird die KAG heute immer mehr kopiert – aber (leider!) nicht erreicht.

Zeigen Sie den Bäuerinnen, den Bauern und den Detaillist/innen, dass Sie tierfreundliche Produkte wollen – bestehen Sie auf KAG-freiland-Produkten mit der einmaligen Garantie gegen Mogelpackungen.

Und unterstützen Sie unsere Pionierarbeit. 75% der KAG-Einnahmen stammen aus Mitgliederbeiträgen und Spenden. Darum ist die KAG so unabhängig. Und darum kann sie so hohe Anforderungen an Tierhaltung, Ökologie und Deklaration stellen – und durchsetzen.

An: KAG, Engelgasse 12a, CH-9001 St.Gallen, Tel. 071/22 18 18, Fax 23 13 37

Bitte senden Sie mir:

- ausführlichen KAG-Prospekt samt Verzeichnis der Verkaufsstellen für KAG-freiland-Produkte (Fr. 5.–, Mitglieder Fr. 3.–)
- KAG-Kurzinfo und Probenummer der KAG-Zeitschrift TIER&KONSUM (gratis)
- Info und Bestellschein für KAG-Fleisch KAG-Käse KAG-Teigwaren
- Ich bin schon überzeugt! Ich werde Mitglied, erhalte fortan vierteljährlich TIER&KONSUM und erwarte Ihre Rechnung für den Jahresbeitrag von Fr. 40.–

Name, Vorname:

Adresse, PLZ, Ort:



Ich darf jeden Tag ins Freie – auch im Winter!
Bei der KAG. Wo sonst?

La création d'un poste de lobbyiste à Bruxelle coûte actuellement 500 000 Francs suisses

Comprendre le Non norvégien

Entre le 21 et le 24 février, Jostein Lindland, secrétaire départemental du mouvement norvégien "Non à l'UE" (Rogaland) a séjourné en Suisse romande pour expliquer lors de quelques conférences-débat les mobiles du Non norvégien. Il s'est arrêté à Genève, à Lausanne et à Martigny. Voilà un résumé de quelques réflexions de Lindland, jeune homme de 31 ans, militant professionnel de ce mouvement durant les quatre dernières années.

Paul Ruppen

Pour l'Europe et la coopération internationale

Les Norvégiens ne sont pas contre l'Europe, mais contre l'adhésion à l'Union Européenne. Les Norvégiens se considèrent comme Européens à part entière. La Norvège fait depuis toujours partie de l'Europe et continue à en faire partie. L'identification de l'UE et de l'Europe est le reflet du pouvoir actuel de l'UE et de ses supporters. Celui qui détient le pouvoir, peut modeler le langage à son profit. En effet, l'identification de l'UE et de l'Europe sert à marginaliser les Européens et les Etats européens qui ne font pas partie de l'UE. De la sorte on essaie de qualifier 2/3 des Etats en Europe et la moitié des Européens de non-Européens, voire d'anti-européens. L'opposition norvégienne à l'adhésion est très favorable à la coopération internationale, aussi avec l'Union Européenne. La Norvège participe à 100 organisations internationales. En plus, elle fait partie de 72 programmes de l'UE, tandis que le Danemark ne participe qu'à 68 d'entre eux. De même, l'opposition norvégienne ne s'oppose pas aux échanges commerciaux internationaux. 80% des exportations de la Norvège se font vers l'UE.

Sauvegarder la démocratie

Dans la campagne référendaire, l'argument démocratique était le plus important. Les institutions de l'UE sont une sorte d'oligarchie moderne, échappant dans une large mesure au contrôle populaire. Le Traité de Maastricht renforce et consacre ces tendances. La Banque Centrale Européenne doit être indépendante et ne peut recevoir des instructions de la part des représentants des peuples. Les réunions des instances importantes de l'UE se font à huis-clos. De la sorte, un parlementaire ou un citoyen d'un pays membre ne peut pas savoir ce que le ministre de l'agriculture de son pays a voté lors d'une réunion du conseil des ministres. Le contrôle politique de la part du peuple et de ses représentants disparaît. La responsabilité politique des ministres également. En Norvège, la vie politique est très transparente, puisque chaque citoyen a le droit d'accéder à tous les documents importants. Dans l'UE, il est très difficile de s'informer, car les documents sont souvent confidentiels.

On pourrait certe démocratiser l'UE en renforçant le parlement. Cela mènerait cependant quand même à une centralisation du pouvoir. Les Norvégiens disaient lors de la campagne référendaire: Oslo est loin, Bruxelles est encore plus loin. Du point de vue de la démocratie, il est nécessaire de maintenir le pouvoir le plus près possible des populations. Cela leur facilite le contrôle du pouvoir et par là une prise de décision qui respecte davantage leurs besoins. Selon un rapport du Sénat français, 2/3 des décisions relevant traditionnellement de la compétence du parlement français sont déjà prises par Bruxelles. Jacques Delors a annoncé en 1988 devant le parlement de l'UE qu'à la fin du siècle 80% des décisions politiques se feraient au niveau de l'UE. Cette centralisation des compétences est énorme et conduit à une baisse proportionnelle du pouvoir des citoyens. L'homme de la rue n'a pas d'influence à Bruxelles tandis que les 10 000 lobbyistes des multinationales et de leurs associations ont la voie libre pour imposer leurs visions. La création d'un poste de lobbyiste à Bruxelle coûte actuellement 500 000 Francs suisses. Ces frais garantissent que les couches les plus défavorisées n'ont pas de chance de se faire entendre tandis que les plus riches et les plus puissants peuvent facilement le faire.

Lutter contre le chômage

Une adhésion à l'UE aurait signifié pour la Norvège une augmentation du chômage. Le traité de Maastricht oblige les pays à poursuivre une politique ultralibérale et leur interdit en fait de faire une politique de plein emploi. Après l'introduction de la monnaie unique, les différents pays ne pourraient plus mener une politique économique adaptée à leurs structures économiques respectives. En fait, les économies des différents pays européens se distinguent souvent fortement et une politique économique unifiée ne respectera pas les spécificités et les besoins de ces économies. Cela augmentera forcément le chômage dans les différents pays. En 1972, le Danemark et la Norvège ont voté sur l'adhésion à la CE. Les Danois ont décidé de rejoindre la CE tandis que la Norvège a dit Non. A l'époque, la Norvège et le Danemark avaient le même taux de chômage. 22 ans après l'adhésion du Danemark, ce pays doit vivre avec un taux de chômage de 10-11% tandis que la Norvège connaît

un taux de chômage de 5%. Cette différence n'est pas forcément entièrement due aux voies différentes suivies par le Danemark et la Norvège. Les chiffres sont cependant parlants.

Plus concrètement, les Norvégiens craignaient un accroissement du chômage par les effets suivants. En Norvège, il y a actuellement 70 000 agriculteurs. *Les études effectuées ont établi que 2/3 d'entre eux perdraient leur travail dans les 10 années après l'adhésion. En plus, la politique de convergence, rendue obligatoire par le traité de Maastricht, aurait obligé la Norvège à diminuer fortement son secteur public. Cela aurait signifié le licenciement de beaucoup d'employés d'Etat. Sans vouloir parler en faveur d'une économie trop étatisée, il faut relever le fait qu'une économie mixte peut faire valoir quelques arguments en sa faveur. Le pétrole est pour la politique norvégienne d'une importance capitale. Jusqu'ici, la Norvège a forcé les multinationales pétrolières à investir fortement en Norvège. Elles ont été obligées d'acheter une partie des équipements en Norvège, créant par là un savoir-faire indigène en matière de pétrole. En plus, les multinationales ont été forcées d'administrer les affaires pétrolières norvégiennes sur le sol norvégien. Toutes ses mesures ont garanti que l'exploitation des gisements de pétrole avait un effet bénéfique sur l'économie norvégienne. Une adhésion à l'UE aurait rendu impossible cette politique. Les multinationales n'auraient pu être forcées d'acheter une partie de l'équipement en Norvège. Elles auraient pu installer l'administration où bon leur semblait. Comme dernier facteur de chômage futur en cas d'adhésion, il faut relever la pêche. L'adhésion aurait amené la rationalisation et la restructuration de la pêche. Le Conseil de l'Union aurait réparti les quotas de pêche, ce qui aurait mené, selon les expériences passées, à une surexploitation des ressources naturelles et une menace supplémentaire sur les pêcheurs norvégiens. On sait par exemple que certains pays de l'UE ont pêché ces dernières années 27 fois plus que les quotas qui leur ont été attribués.*

Politique de la drogue

En Norvège, on poursuit une politique très sévère par rapport à l'alcool. La consommation d'alcool par tête d'habitant ne s'élève par conséquent qu'à 6 litres d'alcool pur. Cette politique aurait été menacée par l'adhésion puisque le monopole d'Etat de la vente d'eaux de vie et de vins aurait été rendu illicite. Les Norvégiens ne pensent pas que tous les pays d'Europe doivent suivre leur politique à l'égard de l'alcool. Ils veulent cependant se préserver le droit de choisir eux-mêmes leur propre politique. Beaucoup de Norvégiens ont en plus craint l'ouverture des frontières, parce que la fin des contrôles frontaliers aurait amené une augmentation de la consommation de drogues. 80% des drogues consommées en Norvège proviennent de l'UE. Finalement, les Norvégiens ne voulaient pas qu'on leur impose une libéralisation du marché des médicaments. Jusqu'ici,

ce pays poursuit en la matière une politique assez restrictive.

Protection de l'environnement et de la santé

La déclaration des produits est plus sévère en Norvège qu'au sein de l'UE. Le Danemark a voulu rendre quatre fois obligatoire la déclaration des solvants. L'UE le lui a interdit chaque fois en prétextant qu'une telle mesure constitue une entrave à la libre circulation des marchandises. Certes, les hormones de croissances sont interdites dans l'UE. Mais tout le monde sait qu'il y a un important marché noir pour ces produits, surtout en Belgique et en Italie. L'adhésion à l'UE aurait signifié pour la Norvège l'obligation d'ouvrir ses frontières à la viande en provenance de ces pays.

On dit souvent que la pollution ne connaît pas de frontières et que la coopération internationale s'impose en matière d'environnement. Cela est tout à fait vrai. Il faut cependant relever que la Norvège a conclu 50 accords internationaux sur l'environnement et qu'aucun ne se situe dans le cadre de l'UE et que l'initiative n'en provenait jamais de l'UE. Il faut en plus souligner que ces accords internationaux sont tout à fait efficaces. Par contre, l'UE force les pays à mener une politique anti-écologique. A la conférence de Rio, le Danemark a voulu proposer une convention pour le transport des produits nucléaires. L'UE le lui a interdit. C'est pourquoi le Danemark s'est adressé à la Suède et à la Norvège pour que ces pays déposent son projet. Cet exemple montre l'importance de l'existence de pays innovateurs à l'extérieur de l'UE.

Relations internationales

Le but du marché unique, c'est la croissance d'un groupe de pays qui se trouvent parmi les plus riches. L'augmentation de la compétitivité des riches renforcera le fossé entre les riches et les pauvres. Les ressources rares que les pays riches consomment déjà trop seront encore plus accaparées par eux. Le traité de Lomé force les pays incorporés du Sud à poursuivre une politique d'ajustement structurel avec les effets que l'on sait sur les services sociaux, sanitaires et éducatifs de ces pays. La Norvège investit chaque année 1% de son PIB dans l'aide au développement, tandis que les pays de l'UE n'y accordent que 0,5%. L'adhésion à l'UE aurait - par la pression exercée sur le budget de l'Etat - forcé la Norvège à diminuer son aide au développement. Après l'adhésion à l'UE, la Suède vient d'ailleurs le faire. L'adhésion à l'UE aurait par conséquent signifié un acte de désolidarisation par rapport aux pays du tiers monde.

"Les critères de convergence imposés par Maastricht pour accéder à la monnaie unique sont des facteurs de chômage et de récession" (Jacques Calvet, PDG de PSA-Peugeot-Citroën, NQ, 1995, jeudi 23 février 1995)

Bücher/Positive Szenarien



Wenn die Netze reissen

Neue Armut, Arbeitslosigkeit als Dauerzustand, Rassismus, Gewalt gegen Frauen, Drogen, Krieg und Brutalität gegen "unwertes Leben": Der aktuelle Umbau hin zu einer Gesellschaft mit wachsender Ungleichheit ist zwar augenfällig, aber wenig erklärt.

Res Strehles politische Ökonomie von unten analysiert den gesellschaftlichen Umbau vor dem Hintergrund seiner Profiteure und Betreiber. Auf freier Wildbahn gibt die Marktwirtschaft den Sozialstaat auch in den Zentren Europas preis, ordnet die Weltwirtschaft neu in kleine Wohlstands- und riesige Armutszonen und entschlackt Industrie, Dienstleistungssektor und Patriarchat nach dem Muster der "lean production". Gleichzeitig erleben Religionen und sektenähnliche Zwangsgemeinschaften, Mafia und Bandenstrukturen eine Renaissance.

Soweit der Klappentext. Res Strehle formuliert klar, dass supra- und multinationale Strukturen vorab dazu dienen, die Verantwortung einer jeweils anderen Entscheidungsebene zuzuschieben und unter diesem Vorwand sinnvolle Handlungen zu unterlassen. Ein Plädoyer für regionale, dezentrale Strukturen mit demokratisch kontrollierbaren Entscheidungsebenen.

Ein unbedingt empfehlenswertes Buch von einem und Forum-Mitglied Befürworter des Nicht-EU-Beitritts. axt.

Res Strehle, *Wenn die Netze reissen*. Marktwirtschaft auf freier Wildbahn, Rotpunktverlag, Zürich 1994.

Für eine grüne Alternative in Europa

Angesichts der ökologischen Krise und der Umbrüche in Europa wollen die AutorenInnen dieses Bandes die Perspektiven einer radikalen und zeitgenössischen Politik entwerfen. Die politischen Formen der traditionellen Linken sind verbraucht; Zukunft habe eine "ökologisch-sozialistische Transformation hin zur basisdemokratischen Kont-

rolle der Produktion, einer sozialistischen, öko-logischen und feministischen Umgestaltung der Produktions- und Lebensweise und der Überwindung patriarchaler Abhängigkeits- und Gewaltverhältnisse sowie aller Formen strukturell und institutionell ver selbstständiger Gewalt in der Perspektive der Entfaltung befreiter Geschlechterverhältnisse und gewaltfreier gesellschaftlicher Beziehungen". Recht haben sie, jetzt müssen die Ideen nur noch real-politisch umgesetzt werden. axt.

C. Antunes et al, *Für eine grüne Alternative in Europa*, Argument, Hamburg 1990.



Wege zu einer sozialen Schweiz

Die beiden Autoren präsentieren konkrete, ausformulierte Vorschläge, wie man die soziale

Sicherung in der Schweiz bis ins Jahr 2000 für alle verwirklichen könnte. Schwerpunkte sind die Sozialpolitik, das Gesundheitswesen, Familienpolitik, Alters- und Invalidenvorsorge, Schutz vor Arbeitslosigkeit, Mieterschutz, Ausländer- und Flüchtlingspolitik, uam. Und alles ohne EU-Beitritt, den die beiden Autoren allerdings befürworten, wie auf Anfrage zu erfahren war.

Nicht zuletzt wird ein Sozialdienst vorgesehen für alle in der Schweiz lebenden Menschen mit einer Dauer von 300 Arbeitstagen im Dienste der Gemeinschaft. axt.

P. Füglistaler et al, *Wege zu einer sozialen Schweiz. Schweizerische Sozialpolitik nach dem Jahre 2000*, Orell Füssli, Zürich 1993.



Europas Frauen fordern mehr

Hortense Hörburgers untersuchte, wie in den einzelnen EU-Ländern spezielle Fraueninteressen berücksichtigt werden und welche Rolle die EG-Richtlinien dabei spielen.

Hoffnungen auf die Besserstellung der Frau haben sich nicht erfüllt - im Gegenteil. Bisher steht die gestiegene Rate von Frauenerwerbstätigkeit in der EU im krassen Missverhältnis zur gesellschaftlichen Berücksichtigung der besonderen Arbeits- und Lebenssituation von Frauen. Ihre noch immer selbstverständliche Dreifachbelastung durch Familie, Haushalt und Beruf lässt sie spezifische Anforderungen an den Arbeitsmarkt stellen.

Informative Übersichten, Auszüge aus einschlägigen Gesetzen und bibliographische Hinweise runden dieses Buch ab. axt.

Europas Frauen fordern mehr. Die soziale Dimension des EG-Binnenmarktes am Beispiel der spezifischen Ausswirkungen auf Frauen. Schüren Presseverlag, Marburg 1990, 2. Auflage.

suite de la page 13:

Les journaux suisse et le "débat sur l'Europe": L'afflux des masses pour les conférences de Jostein Lindland n'a pas eu lieu. Cela est tout-à-fait compréhensible - compte tenu de nos moyens de publicité. Il faut relever le fait, que Françoise Pitteloud et Paul Ruppen ont essayé de contacter différents journaux en Suisse Romande pour organiser ces conférences avec l'aide de ces journaux. Personne ne s'est montré intéressé. Signe de l'ouverture! Les journaux qui ne cesse de réclamer la réouverture du débat sur "l'Europe" ne s'intéressent pas du tout à un véritable débat. Eh bien, nous savons définitivement ce que certains comprennent par "débat sur l'Europe". Pour eux c'est évidemment synonyme de "propagande unilatérale".

Bücher zur Ökologiefrage - Grundwissen und Handlungsstrategien

Ausführlich und teilweise auch naturwissenschaftlich, aber immer auch noch umgangssprachlich erläutert bietet "Chemie der Atmosphäre" eine Fülle von Informationen inklusive Übungen auf 500 Seiten an. Wer sich in kurzer Zeit mit den nötigen Grundfakten vertraut machen will, lese das Buch "Atmosphäre und Umwelt". Gut verständlich, ohne Formeln und recht billig (ca. Fr.30). Leider werden Atomkraftwerke als umweltschonende Energieproduzenten bezeichnet. Ent-spricht wohl politisch dem Springer-Verlags-Imperium.

T.E. Graedel et al, Chemie der Atmosphäre. Bedeutung für Klima und Umwelt, Spektrum, Heidelberg 1994

P. Fabian, Atmosphäre und Umwelt. Chemische Prozesse. Menschliche Eingriffe, Springer, Berlin 1989, 3.Auflage.

Der Greenpeace-Report informiert nicht nur über die Grundlagen des globalen Erwärmung, sondern auch gleich noch über Handlungsstrategien, die der Umsetzung harren. Die Autoren stellen fest, dass es wissenschaftlich nicht darum geht, ob sich der menschbedingte Treibhauseffekt bemerkbar macht, sondern nur darum wann und wie. Informativ, gut lesbar und konsequenterweise auf Recyclingpapier GlobalWarming. Die Wärmekatastrophe und wie wir sie verhindern können. Der Greenpeace Report, Piper, München 1991.

Die Grundlage der Umweltverschmutzung ist die Produktionsweise und entsprechend beginnt das "Jahrbuch der Ökologie" mit Kapiteln über Wirtschaftsformen und Landwirtschaft. Weiter werden eine Fülle von Themen angeschnitten: Wasser und Landwirtschaft, Anti-Pädagogik, Umwelt-erziehung. Schliessen tut das Buch mit Erfahrungs-berichten aus den Bundesländern der BRD, aus Dänemark und Österreich.

G. Altner et al, Jahrbuch der Ökologie, Beck, München 1995.



Strategien und Reformen für Europa

Die Betelsmann Stiftung und die Forschungsgruppe Europa der Universität Mainz haben zur institutionellen Kernfrage der EU-politik mit der EU-Strukturkommission eine interdisziplinäre Arbeits-gruppe namhafter Persönlichkeiten einberufen, um ein Reformprogramm für die EU zu erarbeiten. Das Resultat der zweijährigen Arbeit wurde 1994 publiziert. Im Zentrum der vorgeschlagenen Reformen

Direkt mit der Europafrage zu tun hat das Buch "Umweltpolitik in Europa. Fehler Risiken, Chancen". Es informiert unter anderem über die rechtliche Situation in der EU punkto Umweltrecht: Soll der Artikel 100a, der für die Angleichung der Rechtsvorschriften innerhalb des freien Binnenmarkts die Rechtsgrundlage darstellt oder ob der Artikel 130, der die gemeinsame Umweltpolitik regelt, zur Anwendung kommen? Zur Praxis bei der Auswahl des einen oder anderen Artikel schreibt der Autor: "Der politischen Willkür sind dabei kaum Grenzen gesetzt". Im Umweltbereich kann das EU-Parlament sein Veto einlegen - wenn es das mit den Stimmen der Mehrheit aller Abgeordneten, nicht nur der abgegebenen Voten, beschliesst. Wer die leeren Plenarsäle der Parlamente kennt, weiss, wie außerordentlich hoch diese Hürde ist.

Energie-, Verkehrs- und Abfallpolitik der EU sind andere Kapitel, die sich nicht als Gute-Nacht-Geschichten eignen. Die Abfallrichtlinie kommt dem Schutz des Binnenmarktes vor der Umweltpolitik gleich. Gleichzeitig wurde zum ersten Mal in der Geschichte der Umweltpolitik (weltweit) ein Grenzwert gegen zu hohe Umweltstandards erlassen: es wurde eine Höchstrecycling-quote von 45 % der Abfälle festgesetzt.

Die geplanten 12000 km Autobahnen und 33000 km Hauptstrassen bilden Teil der geplanten "vorsichtigen Umlagerung des Verkehrs auf die Schiene".

Das Buch ist Pflichtlektüre für alle, die wissen wollen, welche umweltpolitischen Gründe gegen einen Beitritt zur EU sprechen.

C. Hey, Umweltpolitik in Europa. Fehler, Risiken, Chancen, Beck, München 1994

Das Buch ist der - gelungene - Versuch, den Problemkreis "Energie und Umwelt" aus der Sicht eines Naturwissenschaftlers recht vollständig darzustellen. Lesbar ohne Vorwissen. Es werden nicht nur die aktuellen und zu erwartenden Probleme dargestellt, sondern auch die Möglichkeiten einer ausreichenden und umweltverträglichen Energie-nutzung.

K. Heinloth, Energie und Umwelt. Klimaverträgliche Nutzung von Energie, Verlag der Fachvereine, Zürich 1993. akt

Bücher/Verschiedenes

steht eine transparente und effiziente Entscheidungsstruktur für die EU. Verlangt werden die Stärkung der demokratischen Legitimation, Ausrichtung des institutionellen Systems auf deutlich mehr als zwölf Mitgliedstaaten, die Gewähr-leistung einer stabilen föderalen Balance zwischen der Union und den Mitgliedstaaten durch eine klare Verteilung der Kompetenzen. Die Strukturkom-mission ortet verschiedene Problemfelder in der EU: (1) Akzeptanzverlust in der Bevölkerung, zu dem die Komplizierung der Strukturen und Verfahren der

Union, die Befürchtung eines zentralistischen Mag-natismus sowie die mangelnde demokratische Absicherung beigetragen haben. (2) die Gefahr einer über das notwendige Mass hinausgehenden Zentralisierung, infolge einer Ausuferung der Kompetenzübertragung auf die EU-Ebene (3) das Defizit an Legitimation und Effizienz, das sich infolge einer unzureichenden institutionellen Anpassung der Union im Zuge der bevorstehenden Erweiterungen noch vergrössern wird, (4) die mit dem Maastrichter Vertrag nur bedingt gestiegene Handlungsfähigkeit der Union im Bereich der äusseren Sicherheit und gemeinsamen Aussen-politik sowie in Fragen der Inneren Sicherheit.

Die Zentralisierungskräfte in der EU sind vielfältig. (1) Unter anderem ist dafür die Durchsetzung unterschiedlicher Gruppeninteressen oder nationaler Interessen der Mitgliedstaaten verantwortlich zu machen. Da eine Entscheidungsfindung im Rat vielfach nur durch die Verabschiedung umfassender Verhandlungspakete möglich ist, kommen meist wesentlich mehr Regelungen zustande, als ursprünglich vorgesehen. (2) Das Bestreben der Mitgliedstaaten, so weit wie möglich in den Genuss europäischer Finanzressourcen zu gelangen, stellt oftmals ein starkes Motiv dafür dar, eine entsprechende Gestaltungs- und Verteilungskompetenz auf der EU-Ebene anzusiedeln. (3) Wie in allen Verwaltungssystemen wirkt schliesslich auch auf europäischer Ebene der Hang von Institutionen nach Absicherung und Erweiterung ihrer Handlungsfelder in Richtung auf eine zunehmende Zentralisierung. (p. 15). Das Subsidiaritätsprinzip des Maastrichter Vertrages (Artikel 3b) ist als Gegensteuer kaum geeignet. "Die in Artikel 3b des Maastrichter Vertrages enthaltene Formulierung, wonach die Gemeinschaft nur tätig werden kann, wenn die Vertragsziele durch die Mitgliedstaaten "nicht ausreichen" und auf Gemeinschaftsebene "besser" erreicht werden können, gibt keine klaren Kriterien an die Hand, mit denen eine sachgerechte Kom-petenzausübung oder eine wirksame Abwehr gemeinschaftlicher Regelungsansprüche möglich wäre. Sie belässt die Entscheidung in der Zuständigkeitsfrage der subjektiven Beurteilung der Organe und Entscheidungsträgern, denen ein natürliches Interesse an einer systematischen und restriktiven Anwendung des Prinzips nicht von vorn herein unterstellt werden kann" (p. 17). Die Struktur-kommission schlägt deshalb u.a. auch eine klare Kompetenzaufteilung vor. Bei der Verlängerungen von Kompetenzen auf die EU-Ebene müsse zudem die Beweislast für deren Notwendigkeit bei der EU liegen. Nur ausdrücklich der EU zugeschriebene Kompetenzen dürfen von dieser wahrgenommen werden. pr.

Werner Weidenfeld (Hrsg.), Europa '96:
Reformprogramm für die Europäische Union -

Strategien und Optionen für Europa, Verlag Bertelsmann, Gütersloh, 1994.



Einheit Schweiz

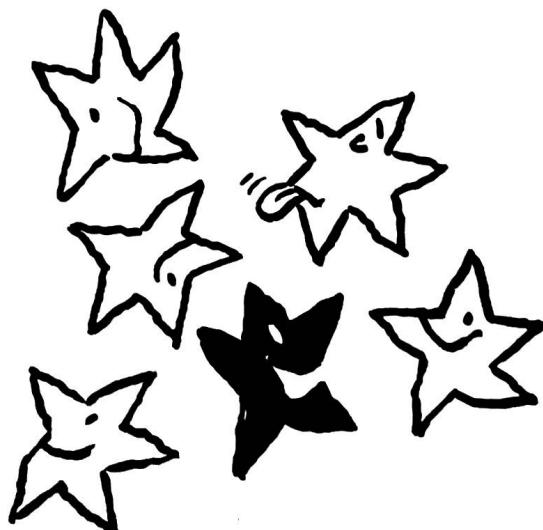
Was als Reflexionen über den Zustand des Landes" (Untertitel) ausgegeben wird, entpuppt sich als pro-EU-Beitritts-Propaganda "Es gilt die übrige Schweiz zu bekehren" (S. 140, ein Ruth Dreyfus-Zitat). Sieben von neun Artikeln fordern, dass die "Einheit Schweiz" (Wann hat es sie je gegeben?) wieder hergestellt wird - indem den Befürwortern des Nicht-Beitritts die eigene Meinung aufgedrängt wird.

Eine Autorin sieht die Einheit der Schweiz v.a. durch die frauenumfreudliche Politik gefährdet. Als Mittel empfiehlt sie ein paar Prisen "Brunner-Effekt", d.h. solidarisches Verhalten von bürgerlichen Frauen gegenüber denen des links-grünen Lagers. Geschlechtsorientiertheit soll über die sozialpolitische Einstellung gestellt werden.

Einzig der Beitrag von Christoph Eymann hebt sich punkto Differenziertheit positiv ab. Ebenfalls Beitragsbefürworter, plädiert er für Vielfalt in der Einheit, die Akzeptanz von Gegensätzen, die "Förderung einer gelasseneren Einstellung zum bin-nenschweizerischen Zusammenleben" (S. 144). Mittel dazu seien Schüleraustausch, Spracherwerb. "Die eigene Landessprache darf schliesslich nicht eine Fremdsprache sein" (S. 144). Er attestiert der EWR-Abstimmung mit allen Begleiterscheinungen, dass sie dazu beigetragen hat, das Veränderungsbedürfnis in der Schweiz zu akzentuieren. Gleichzeitig warnt er davor, für dieses Bedürfnis leichtsinnig die Zauberformel aufs Spiel zu setzen.

Der Beitragssammlung fehlt, um die "Einheit Schweiz" oder besser die "Vielfalt Schweiz" darzustellen, Beiträge von EU-skeptischen SchweizerInnen. Damit hätten sich die verschiedenen Lager gemeinsam äussern können. Wer von einer Diskussionskriege in der Schweiz schreibt (Umschlagtext) und dann die politisch nicht genehmten ausschliesst, kann höchstens als Negativ-beispiel der Diskussionskultur erwähnt werden.

Max Mittler (Hrsg.), Einheit Schweiz. Reflexionen über den Zustand des Landes. Orell Füssli, Zürich 1993.



Die Atomwirtschaft mit Milliardenaufwand sanieren - obwohl Kohlekraftwerke umrüsten billiger wäre

Das Osteuropaprogramm der EU-Atomindustrie

Die Euratom ist dabei in Osteuropa einen wahren Marshallplan in Gang zu setzen. Dabei geht es nicht in erster Linie um maximale Sicherheit bei der Stromproduktion, sondern um Aufträge für westeuropäische Firmen.

Eine ganze Reihe von internationalen Organisationen sind dabei, für die marode Atomwirtschaft in Osteuropa einen wahren Marshallplan in Gang zu setzen, darunter auch die Euratom, eine der drei Gemeinschaften, welche die EG ausmachen. Statt im ehemaligen Ostblock in die Steigerung der miserablen Energie-Effizienz zu investieren, wird gezielt die Atomwirtschaft gefördert, die lediglich 10-15% zur Stromproduktion beiträgt. Z.B. könnten mit den 70 Mrd. Kronen, die ins tschechische AKW Tremelin gesteckt werden sollen, alle umweltschädlichen Kohlekraftwerke des Landes saniert werden. 1993 beschloss die EG - unter Anpassung des Euratom-Vertrages - 1,1 Mrd. ECU in Ostreaktoren fliessen zu lassen, mehr als die Hälfte davon in die Fertigstellung des AKW Mohovce in der Slowakei, das zu 80 % fertiggestellt ist.

Grund für Österreich um seine Sicherheit zu bangen. Noch vor drei Jahren hatte Deutschland ähnliche Reaktoren in der DDR aus Sicherheitsgründen abgestellt - und fördert heute den Bau des AKWs Mohovce in der Nähe von Ungarn und Österreich. Unterstützt wird dessen Vollendung vom französischen Atomkraftmonopolinhaber Electricité de France, den Münchener Bayernwerke, der Siemens und der Osteuropabank (die Schweiz ist auch Mitglied). Österreich droht mit dem Ausstieg aus der EBWE, falls diese mit 413 Mio. DM (von 1,3 Mrd. DM Gesamtkosten) den Endausbau von Mohovce finanzieren sollte. Doch Russland steht bereit in die Bresche zu springen und - mangels Devisen - für 200 Mio. DM Ausrüstungen und Arbeitsleistungen aufzubringen. Entscheidendes Kriterium für die Vergabe des Darlehens könnte sein, dass es sich um die kostengünstigste Variante handelt. Doch das deutsche Öko-Institut hat in einer vergleichenden Kostenanalyse festgestellt, dass die späteren Stilllegungs- und Abrisskosten des AKW viel zu niedrig eingesetzt worden sind. Dagegen sei der Gaspreis für ein konkurrierendes Gas-Dampf-Kraftwerk doppelt so hoch wie in ähnlichen Kalkulationen der Weltbank und der Europäischen Investitionsbank. Schlimmer noch: Auf den Gutachter sei Druck ausgeübt worden, einige der Daten zugunsten von Mochovce noch im nachhinein zu verändern. Innerhalb der EBWE versucht Österreich die USA, Kanada und die Nicht-Atomländer Dänemark, Holland und Norwegen für eine Ablehnung des Kredits zu gewinnen. Auch im Europaparlament ist Kritik an diesem Kredit laut geworden.

Damit wird "Mohovce zum Musterfall und Vorreiter für die rund 70 osteuropäischen in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke" erklärt das deutsche Bayernwerk wörtlich. Was das Langzeitprogramm an finanziellen Mitteln verschlingen wird, ohne die Sicherheit der Atomanlagen entscheidend zu verbessern, ist derzeit noch kaum abschätzbar. Von 15 Mrd. DM ist die Rede, andere Schätzungen kommen aber auf astronomische 200 Mrd. DM. Als Fazit bleibt die Feststellung: Die EU und andere internationale Organisationen erhalten die atomare Bedrohung aus Osteuropa am Leben und vermehren sie noch. "Mühleberg stilllegen", Nr. 35; 3. 1995/TA, 24.2.95. pr/axt.

Die Ziele der Euratom

Wolfgang Kühr referierte zu diesem Thema am Gegengipfel in Essen vom 9./10.12.94 (bazille 1.1.95): die 1956 gegründete EURATOM hat im wesentlichen 3 Funktionen: (1) Atomforschung betrieben, um sie möglichst effizient militärischer Nutzung zuführen zu können, (2) die Eurokarten sehen hier einen wichtigen Bestandteil des gemeinsamen Marktes, (3) die Atomgemeinschaft taugt zur Überwachung der Nichtweiterverbreitung von Atomtechnik. Das Ziel, billige Elektroenergie bereitzustellen, ist nicht erreicht worden. Die EU beschwört hier einen Wettbewerb, der auch gar nicht sinnvoll sei. Vielmehr werden "global payers" aus Banken, Industrie und Energiewirtschaft gefördert. Nach dem Motto: **Vom Markt reden, Monopol meinen, und Moneten machen.**



1000 Verhaftungen in Essen zur Sicherheit der 12 Ministerräte - eine Stadt wurde zur Festung

12 EU-Minister und 7000 Polizisten in Essen

Der Essener Gipfel vom 9./10.12.94 brachte den Entscheid, dass die osteuropäischen Staaten noch etwas warten müssen mit dem Beitritt zu EU, eine stärkere Abschottung der EU-Aussengrenzen und im mehr Überwachung im Innern.
Was dies heisst, zeigten die 7000 Polizisten, die zur Sicherheit des Gipfels aufgeboten wurden und die grösste Massenverhaftung im Nachkriegsdeutschland veranstaltet haben: Opposition ist unerwünscht und wird niedergeknüppelt - und liegengelassen.

von Alex C. Bauert

Gegengipfel und Demonstration

Wie bald für alle Gipfel üblich, hat auch in Essen ein Gegengipfel mit Podiumsdiskussionen, Konzerten, Cabaret und Demonstrationen stattgefunden. Dabei ging es gegen die Abschottung der EU als "Wohlfestung", ihre undemokratischen Strukturen und eine Wirtschaftsentwicklung auf Kosten der sozial Schwachen, der Dritten Welt, des Ostens und der Umwelt. Dies fand auch entsprechend der Ankündigung der VeranstalterInnen statt - alle Aktionen hatten friedlich zu verlaufen - was die Polizei dann aber erfolgreich verhindert hat.

Essen - Garant für modernes Handeln und Dienen

"Die Einladung des Ratspräsidenten Kohl an die europäischen Staats- und Regierungschefs nach Essen hat viel Symbolisches an sich" schreibt die Rheinische Post aus Düsseldorf. "In drei Kriegen zwischen 1870 und 1945 galt die Ruhrmetropole als "Waffenschmiede des Reichs". Heute treffen sich hier die ... europäischen Familienoberhäupter und die frühere Kohle- und Eisenstadt Essen beweist als modernes Handels- und Dienstleistungszentrum den tiefgreifenden Strukturwandel im Ruhrgebiet". Essen werde in die Geschichte eingehen. (WAZ, 13.12.94)

Was "modernes Handeln und Bedienen in Essen nach Euro-Norm" heisst, zeigte sich am Verhalten der Polizei, die schlicht und einfach die Grundrechte abstürzen liess: Demoverbot (von verschiedenen Gerichten gestützt), Kesseltreiben, Massenverhaftungen und schwere Körperverletzungen gegenüber Personen, die bereits am Boden lagen und sich nicht mehr wehrten. Die Innenstadt wurde völlig abgeriegelt.

"Es wurden Leute aus Cafés und Lokalen abgeführt und bis zu 16 Stunden festgehalten. Am Vorabend der Demonstration wurden 2 Personen aus Berlin mit Auto angehalten und in Form eines Anti-Terror-Einsatzes mit vorgehaltener Waffe festgenommen und mit über den Kopf gestülpten Säcken abtransportiert. Der sich in ihrem Kofferraum befindliche Reservekanister wurde von der Polizei wie bei den anderen

kurzerhand zu Bauteilen für Molotowcocktails erklärt". (Bazille, 1.1.95).

"In einem Fall wurde ein bereits aus dem Kessel Abgeführter von drei bis fünf Beamten gleichzeitig mit Schlägen und Fusstritten bewusstlos geprügelt, 10 m über den Boden geschleift und an einer Wand - von ca. 10 Beamten umringt - weiter traktiert, obwohl er bereits bewusstlos war und bei der Festnahme keinen Widerstand geleistet hatte. Ärzten wurde der Zugang verweigert, etwa eine halbe Stunde liessen ihn die Beamten ohne jede medizinische Versorgung auf dem Asphalt liegen" (direkte Aktion, Jan/Febr 95).

Die EU als Friedenprojekt

Die EU als Friedensprojekt (siehe auch Interview mit Daniel Züricher in diesem EM) geistert immer noch durch so manchen Kopf. Die Kanonenbootdiplomatie, mit der Spanien seine Fischereipolitik gegen Kanada durchsetzen will - mit der grossen EU hinter sich - (noch immer befindet sich ein bewaffnetes Schiff der spanischen Küstenwache in der umstrittenen Zone), die Gründung des Eurokorps und dessen Aufstockung auf 5000 Soldaten bis 1995 setzen andere Zeichen.

Doch dies ist nichts Neues: Als die europäische Wirtschaftsgemeinschaft 1957 gegründet wurde, führten ihre Gründungsmitglieder Frankreich, Belgien und die Niederlande noch Kriege in aller Welt, um "ihre Kolonien" zu behalten. Allein der französische Kolonial-Krieg in Algerien dauerte bis 1962 und forderte eineinhalb Millionen Tote. Er wurde aus EG-Mitteln mitfinanziert. Denn, so der damalige Bundestagsvizepräsident Jaeger, "die Sache Frankreichs in Algerien war die Sache Europas". Heute werden anstelle von offenen militärischen Eingriffen zumeist unauffälligere, aber ebenso wirksame, wirtschaftliche Waffen eingesetzt.

Wer sich politisch und gewaltfrei gegen diese Politik wendet, hat sich vorzusehen - dies war wohl die Hauptbotschaft der EU-Minister und ihrer Polizei in Essen. Was erwartet uns wohl am grossen Gipfel 1996?

-----Kurzinfos/Gewerkschaften-----

Soziale Union und Wirtschafts- und Währungsunion aus Gewerkschaftssicht

Der EU-Gewerkschaftsbund bezeichnet die Vorstösse von François Mitterand und Jacques Santer, dem Präsidenten der EU-Kommission als wichtig, da beide der Sozialpolitik in ihren Reden vor dem EU-Parlament einen herausragenden Platz eingeräumt haben. "Mitterands Rede habe von einer in sich geschlossenen Vision der EU, ihrer fundamentalen Bedeutung als Ort des Friedens und ihrer sozialen Dimension gezeugt." EGB-Report, 3-95. axt. NB: Während der Regierungszeit des Sozialisten Mitterand fand in Frankreich eine steuertechnische

Umverteilung von Reichtum zugunsten der höheren und sehr hohen Einkommen statt, wie eine entsprechende Analyse zeigte. Le Monde, 23.2.95.

Delors zu Gast beim EGB

Eine Reihe von Gewerkschaftern dankte Delors für sein Engagement beim Aufbau der EU und *seine Verdienste um die soziale Dimension*. Allerdings verfehlten sie dabei auch nicht ihre Sorge um die Zukunft der Union und ihren sozialen Gehalt, ihre Fähigkeit Arbeitsplätze zu schaffen und eine Demokratie nahe am Bürger aufzubauen. EGB-Report 29-94. axt.

-----Kurzinfos/Schweiz-EU-----

Interreg-Zusammenarbeit

Der Ständerat bewilligte Anfang 2. einen Kredit von 24 Millionen Franken für die Mitfinanzierung von Projekten der Grenzkantone für die transnationale Zusammenarbeit und Integration. Die Ratsmehrheit wollte die Offerte der EU, auch Gebiete jenseits der Gemeinschaftsaussengrenzen an ihrem Programm zur Intensivierung der Kooperation zwischen den europäischen Regionen zu beteiligen, aufnehmen und so gegen aussen und innen ein Zeichen setzen, dass die Schweiz die schrittweise Annäherung an die EU und eine Integration von unten nach oben begrüsse NZZ. 3. 2. 1995. pr.

Die Deutschweizer denken anders als wir

Pascal Couchepin, Fraktionspräsident der FdP und Bundesratsaspirant, versucht den EU-Rösti-Graben zu erklären. Laut Couchepin gehört die Deutschschweiz zu jenen Gebieten, die eine nicht-gleichheitliche Erbrechtstradition haben. Die Autorität des Vater steht damit über der Mehrheit und Gleichheit der Kinder. Demgegenüber würde die Westschweiz zu den Gebieten mit einer gleichheitlichen Erbrechtstradition gehören. Dadurch würde die Unabhängigkeit der Kinder nach ihrer Volljährigkeit gefördert. Während in nicht-gleichheitlicher Erbrechtstradition die Zugehörigkeitsgefühle zu einer Gemeinschaft Vorrang hätten, würden in der gleichheitlichen Erbrechtstradition individualistische Gefühle vorgehen. Deshalb sehen die Deutschweizer bei einem EU-Beitritt die eigene Gemeinschaft zu einer Minderheit degradiert. Dieses Problem kennen die individualistischen Westschweizer nicht. "Der Umstand, in der Schweiz oder in Europa in der Minderheit zu sein, hat für den Westschweizer keine Bedeutung, da in der Demokratie die Stimme eines Franzosen sich mit der eines Schweizers verbinden kann" (Journal de Genève, 13. 2. 1995). Zu solchen

"Erklärungen" muss Zuflucht nehmen, wer offensichtliche Erklärungen nicht zur Kenntnis nehmen will. In der Deutschschweiz ging es vor allem auch um die direktdemokratische Selbstbestimmung, soziale Auswirkungen und ökologische Probleme. Sich dies einzustehen, würde dazu führen, dass man künftig bezüglich der EU-Integration ernsthafte Diskussionen führen müsste. Beim Argumentationsnotstand der meisten EU-Befürworter erstaunt nicht, dass sie daran kein Interesse haben. pr..

Freier Personenverkehr - die Schweizer Parteien sind ausser der SVP dafür

CVP und FDP sind sich einig, dass den SchweizerInnen die Vorteile des freien Personenverkehrs erklärt werden müssen. Diese bestehen vor allem in der Öffnung des EU-Arbeitsmarktes für Schweizer BürgerInnen und Unternehmen. Mit einer Masseneinwanderung sei nicht zu rechnen. Einig sind sich die Bürgerlichen auch darin, dass diese Öffnung mit einer restriktiveren Einwanderungspolitik gegenüber Nicht-EU-Staaten kompensiert werden soll.

Von der Autopartei/Freispartei kommt die Forderung, dass gleichzeitig mit der Einführung des freien Personenverkehrs der gesamte Ausländerbestand auf das durchschnittliche Niveau in den EU-Ländern gesenkt werden solle. Grundsätzlich wird von dieser Seite auch der Abschaffung des Saisonierstatus zugestimmt.

Die SVP ist der Freizügigkeit gegenüber skeptisch eingestellt. "Die Bevölkerung werde eine solche Liberalisierung nicht schlucken", so Nationalrat Toni Bortoluzzi. Es reiche, die verschiedenen Kategorien von Aufenthaltsbewilligungen zu vereinfachen.

Die SPS fordert weiterhin den freien Personenverkehr, äussert sich aber nicht zum Problem der BürgerInnen aus Nicht-EU-Ländern, denen durch das

Drei-Kreise-Modell der Zugang zum Schweizer Arbeitsmarkt verwehrt wird. TA, 17.2.95.

Hans Baumann (siehe auch EM 4/94) von der GBI (Gewerkschaft Bau und Industrie) äusserte sich in seinem Artikel im Monatsmagazin (MOMA 2/95) zum freien Personenverkehrs. Dort nennt er die Abwehr von Sozialdumping und den Schutz von Arbeitsplätzen und Löhnen als Bedingungen für die gewerkschaftliche Zustimmung zum Resultat der bilateralen Verhandlungen. axt.

Schweizer im Europarat

Die Nationalräte R. Jagmetti, R. Rhinow und Andreas Gross vertreten die Schweiz im Europarat. Jagmetti will dort unsere Demokratie erklären, während sie Gross in ganz Europa einführen möchte. Rhinow ist mit dem EWR-Nein unzufrieden und will deshalb in den Gremien, in denen wir direkt mit den europäischen Ländern zusammensitzen, möglichst aktiv sein. TA, 30.1.95. axt.

Die aussenpolitische Kommission in Strasburg

Die aussenpolitische Kommission der eidgenössischen Räte reiste nach Strasburg, um anlässlich der Session im EU-Parlament Kontakte zu knüpfen und Gespräche mit verschiedenen Vertretern verschiedener Gremien zu führen. TA, 16.2.95. axt.

Die Schweizer Grünen gegen zwei NEAT-Röhren ohne EU-Garantien für deren Nutzung

Zwei NEAT-Röhren könne sich die Schweiz nicht leisten und die 15 Rappen Benzinzzollzuschlag würden dann bei der Sanierung der Bundesfinanzen, der SBB-Sanierung und der Förderung des Regional- und Agglomerationsverkehrs fehlen.

"Das Volk werde die 15 Rappen Treibstoffzollzuschlag nicht bewilligen, wenn die EU nicht Garantien abgebe, dass sie die NEAT nutzen werde, und bereit sei, die Transitvertrag geforderte Kostenwahrheit im Verkehr auch wirklich umzusetzen", so der Aargauer Nationalrat Hanspeter Thür. Laut Rosmarie Bär genügen die bestehenden Kapazitäten bis ins Jahr 2022. TA, .axt.

28-Tonnen-Limite - noch mehr Ausnahmen?

Die Zahl der Terminals des kombinierten Verkehrs, in deren Umkreis die 28-Tonnen-Limite nicht gilt, wird überprüft. Dies wird in einem Verordnungsentwurf des Eidgen. Justiz und Polizeidepartementes vorgeschlagen. Der Entwurf sieht vor, dass im Umkreis von zehn Kilometern um vier Verladebahnhöfen Lastwagen bis 44 Tonnen als Zubringer und Abholer zugelassen werden sollen. 13 Kantone wandten sich gegen die Aufweichung der 28-Tonnen-Limite, vier möchte weitere Umladestationen. TA, 21.12.94. axt.

EU düpiert ob Open-sky-Abkommen Schweiz-USA

Die EU reagierte unfreundlich auf die Nachricht, dass die Schweiz mit den USA kurz vor Aufnahme der bilateralen Verhandlungen zum Verkehr ein Open-sky-Abkommen vereinbart hat. Dies sieht gegenseitige Landerechte für alle Gesellschaften der beiden Länder vor. Interessant ist, dass auch Belgien, Luxemburg und Österreich ein solches Abkommen mit den USA unterzeichnet haben. Dänemark, Schweden und Finnland wollen dies in den nächsten ebenfalls tun. In Brüssel zeigt man sich besorgt, denn es könnte sein, dass die US-Fluggesellschaften einen besseren Zugang zum EU-Binnenmarkt erhalten, als umgekehrt. TA, 15.3.95. axt.

Jubiläen in Sicht

Der Bundesrat möchte, dass wir am 12. September 1998 wieder einmal amtlich verordnet feiern dürfen. 1998 jährt sich der Untergang des Ancien Régime (1798) und die Gründung des Bundesstaates von 1848. Der Bundesrat will die Jubiläen für eine "europäische" Sicht in die Zukunft brauchen - passende Interpretationen werden problemlos zu beschaffen sein. Die historisch bedenkliche Analogie zwischen der Bildung des schweizerischen Bundesstaates und der EU-Integration ist ja bereits wohl bekannt. Unpassend beim Jubiläum von 1998 kommt in die Quere, dass 1648, im Westfälischen Frieden, die Schweiz die rechtliche Unabhängigkeit vom Deutschen Reich erwarb und damit die völkerrechtliche Anerkennung ihrer Unabhängigkeit. Das EDI vergisst in der Jubiläen-Botschaft, dieses Ereignis zu erwähnen. Auf Nachfrage der NZZ liess das EDI vernehmen, bei dieser Weglassung habe sich der Bundesrat keinesfalls von integrationspolitischen Rücksichten leiten lassen. Er habe nur verhindern wollen, dass in der Bevölkerung Verwirrung entstehe. Die NZZ zeigt didaktisch begründetes Verständnis für die Auslassung, gibt aber zu bedenken, dass Jahretage nicht einfach zur Disposition stünden. Sie seien da NZZ. 6. 3. 1995. pr.

Positionen des Vororts

Der Vorort spricht sich für die Priorität dr bilateralen Verhandlungen mit Brüssel aus, ohne sich über die strategischen Zielsetzungen des Bundesrates (EU-Beitritt) zu äussern. Zu viele Fragen sind für den Vorort offen, als dass die Option EU-Beitritt in Bälde mehrheitsfähig werden könnte. Die wichtigsten Fragen gemäss Vorort:

- Wie kann man der Mehrheit vom 6. Dezember 1992 glaubhaft machen, man würde den Entscheid an der Urne akzeptieren, aber gleichwohl Fernziele verfolgen, die dem Volkswillen einstweilen entgegengesetzt sind.
- Kann man verschweigen, dass das schweizerische Regierungssystem zur Ausübung von Mitbestimmungsrechten auf der EU-Ebene wenig geeignet ist?

- Kann man den EU-Beitritt empfehlen, ohne sich weder mit den Unwägbarkeiten der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion noch mit deren Konsequenzen für die Schweiz ernsthaft auseinander-setzt zu haben?
- Von welchen Perspektiven in bezug auf die weitere institutionelle Ausgestaltungen der EU soll man ausgehen?
- Wie steht es in der erweiterten EU um den Grundkonsens einer marktwirtschaftlichen Ordnungspolitik?
- Was bedeuten aus föderalistischer Sicht die Demokratisierungsbemühungen in der EU? Der EWR als Integrationspolitische Variante sei

nicht zu schnell abzuschreiben. Ein EU-Beitritt wird vom Vorort im Augenblick nicht offiziell in Erwägung gezogen, solange nicht darüber Klarheit herrsche, dass die projektierte Währungsunion eine Stabilitätsgemeinschaft impliziert und dass eine liberale Staatssicht und eine marktorientierte Ordnungspolitik die Weiterentwicklung der EU prägen werden. Hinzu komme, dass dem Schweizer Volk verständlich gemacht werden müsste, wie sich der Verlust an eigener Entscheidungskompetenz auf europäischer Ebene kompensieren liesse. Die öffentliche Meinung habe in der Mitbestimmung bei der Brüsseler Gemeinschaft bisher (noch) keinen Ersatz für die Selbstbestimmung gesehen. NZZ, 9.2.95. pr.

Kurzinfos/Wirtschaft

Exporte ziehen an

Um 3,7% (nominal) nahmen die Umsätze der VSM-Firmen 1994 zu, bei einer von 82,6 auf 85,5% verbesserten Auslastung der Kapazitäten. Bei den Exporten der Branche fand ein Wachstum von 4,4% statt. Spektakuläre Zuwachsraten resultierten im Verkehr mit asiatischen Ländern wie Südkorea (+64%), Indien (+32%) oder Malaysia (+31%). Wegen des 15%igen Rückgangs der Lieferungen nach China gab es jedoch im Asienexport insgesamt blos einen Zuwachs von 3%. Dafür verzeichnet die Maschinenindustrie im noch bedeutenderen Europageschäft wieder ein Plus von rund 4% und die USA-Exporte wuchsen um 11% (Basler Zeitung, 22. 2. 1995. pr.

Spaniens Wirtschaft wächst - zusammen mit der Arbeitslosigkeit

Die spanische Arbeitslosenrate liegt bei 16,7 %, die Wirtschaft wächst, doch jeder dritte Arbeitnehmer hat einen Arbeitsvertrag, der auf weniger als ein Jahr befristet ist. Davon sind vornehmlich Jugendliche betroffen.

Trotz guter Aussichten nach Börseneinbruch und Abwertung des Pesetas, trotz erfreulicher Entwicklung des Fremdenverkehrs und der Exportindustrie, erfüllt Spanien keinen der vier Eckwerte, welche laut Maastrichter Vertrag zur Teilnahme an der dritten Integrationsphase der EU berechtigen. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer hatte

die Inflationsbekämpfung wieder zurückgeworfen, die Inflation liegt gegenwärtig bei 4,3 % statt der angestrebten 3 %. TA, 23.2.95. axt.

Südamerikanischer Binnenmarkt

Die Präsidenten Brasiliens, Argentiniens, Uruguays und Paraguays haben einen Vertrag über die Gründung eines Gemeinsamen Marktes zum 1.1. unterzeichnet. Es leben 200 Mio Menschen in diesen Länder, die ein Bruttoinlandprodukt von 700 Mrd \$ erwirtschaften. TA, 19.12.94. axt

Hans Sieber vom Bundesamt für Konjunkturfragen

"Die englische Zeitung "Financial Times" kommt bei ihrer Rangliste der 500 grössten europäischen Firmen zum Schluss, die Schweizer Multis hätten nach dem Dezember 1992 überhaupt nicht gelitten. Im Gegenteil. Siebers Kommentar: "Wir sind Champion auf traditionellen, klassischen Gebieten, aber schlechter positioniert auf Feldern, wo Experten in 10 bis 15 Jahren die meisten Innovationen und das grösste Wachstum erwarten." Leider hat der Interviewer die Gelegenheit nicht zur Frage genutzt, was dies denn mit dem EWR-Nein zu tun habe, denn es ist keineswegs so, dass ein EWR-Ja automatisch zur besseren Entwicklung dieser Felder beigetragen hätte. Niemand hindert die Schweiz daran, in diesen Bereichen Mittel zu mobilisieren. TA, 16.2.95. axt.

Kurzinfos/Verschiedenes

Labours EU-Politik

Der britische Schattenaussenminister Robin Cook definierte Ende Januar in einer Rede den Unterschied zwischen der Europapolitik der Regierung und derjenigen Labours. Er warf der Regierung vor, Grossbritannien gegen Einmischungen Brüssels verteidigen zu wollen, anstatt in Brüssel die britischen

Interessen zu fördern. Die Regierung verhalte sich Brüssel gegenüber ausschliesslich negativ, während Labour eine positive Haltung einnehmen würde. Cook war aber bestrebt, sich vom Euro-Enthusiasmus seines Vorgängers Cunningham zu distanzieren. Aehnlich wie Premierminister Major betonte Cook, dass Europa eine Gemeinschaft freier

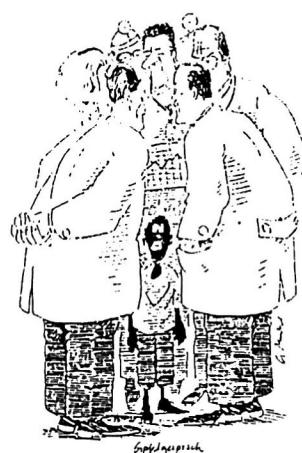
Mitgliedstaaten sein müsse. Labour verwerfe das Konzept eines europäischen Superstaats. Die Preisgabe nationaler Identität komme nicht in Frage; es gehe ausschliesslich darum, gemeinsame Interessen gemeinschaftlich zu verfolgen. Im Gegensatz zu Major befürwortet Cook institutionelle Reformen in der EU. Es sei unaufrichtig zu behaupten, die Gemeinschaft könne ohne solche Reformen erweitert werden. Man müsse dem EU-Parlament mehr Vollmachten zur Überwachung der Kommission und den nationalen Parlamenten mehr Kontrolle über den Ministerrat geben. Erhalten bleiben müsse das Vetorecht über Belange von lebenswichtiger nationaler Bedeutung wie Budget oder Revision der Römer Verträge. Was die angestrebte Währungsunion betrifft, sagte Cook, Labour würde einem Beitritt nur dann befürworten, wenn die Konkurrenzfähigkeit der britischen Industrie nicht gefährdet sei. Die in Maastricht festgelegten geldpolitischen Kriterien seien in dieser Sache nicht ausreichend. Cook findet es unverantwortlich, schon jetzt für die Währungsunion einen festen Zeitplan festzulegen. NZZ. 1. 2. 1995. pr.

Konferenz der EU und 70 Ländern des Südens geplatzt - BRD und GB kürzten ihre Beiträge

Mit den sogenannten AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik) hat die EU 1989 das Lomé-Abkommen unterzeichnet. Auf der diesjährigen Konferenz dieser Staaten hätte bei Halbzeit das auf zehn Jahre angelegte Programm überprüft werden sollen.

Die AKP-Ländern bekommen zu spüren, dass sich die EU immer mehr Osteuropa und dem Maghreb zuwendet, zwei Regionen die mit 25 Mrd Franken in den nächsten fünf Jahren neunmal mehr bekommen sollen als bisher.

Weiter verlangt der Maastrichter-Vertrag von den AKP-Ländern, dass sie eine strenge Haushaltsdisziplin einhalten. Die reichen Länder des Norden verlangen zudem Handelskonzessionen, die aber die wettbewerbsschwachen Länder des Südens (verständlicherweise) nicht wollen. TA 17.2.95. axt.



Die Seele Europas

Die Europäische Ökumenische Kommission für Kirche und Gesellschaft (EECCS), deren Generalsekretariat sich in Brüssel befindet, hat den Anstoss des früheren EU-Kommissionspräsidenten Delors aufgenommen und arbeitet am Projekt "Europa eine Seele geben". Delors hatte Ende Dezember die Befürchtung geäussert, Europa bleibe so lange ohne geistiges Ziel, als die religiösen und

philosophischen Organisationen sich nicht auf europäischer Ebene engagierten. In der EU-Kommission habe man vor allem nach dem Fall der Berliner Mauer wahrgenommen, wie wichtig die Rolle der Kirchen in der Gesellschaft sei, meint Adolphe Trüb, schweizerisches Exekutivmitglieder der EECCS. Im Projekt "Europa eine Seele gebe" arbeiten Katholiken, Protestanten, Orthodoxe, Juden und Muslime mit der EU-Kommission zusammen. Die EU wird für 1995 ein Budget von 1 bis 2 Millionen Ecu für die Aktivitäten der EECCS zur Verfügung stellen. NZZ, 24. 2. 1995. pr.

Internationale Alpenkonvention kommt nur stockend voran

Deutschland, Frankreich, Italien, Slowenien, Monaco und die EU haben die Alpenkonventions-Protokolle betreffend Berglandwirtschaft, Raumplanung und nachhaltige Entwicklung sowie Naturschutz und Landschaftspflege unterzeichnet. Österreich verweigerte die Unterschrift, da es keine weiteren Autobahnen durch die Alpen will. TA, 21.12.94. axt.

Gefahren für den EU-Binnenmarkt

Laut NZZ (rg.) bedrohen die Turbulenzen auf den europäischen Devisenmärkten nicht unbedingt das WWU-Projekt, vielleicht aber den EU-Binnenmarkt. "Die Schwindsucht verschiedener europäischer Währungen, allen voran der freie Fall der Lira in den vergangenen Wochen und Monaten, hat in Brüssel schon zu etwelchen Irritationen geführt. Das böse Wort der kompetitiven Abwertungen macht dort die Runde. Der für das Funktionieren des Binnenmarktes verantwortliche EU-Kommissar, Mario Monti, hat unlängst von der Möglichkeit von Gegemassnahmen gesprochen. Im Klartext hiesse dies bei anhaltenden währungspolitischen Verwerfungen wohl die (Wieder-)Errichtung von Handelsbarrieren. Solche Gefahren sind das wirkliche Beunruhigende an der aktuellen Währungskrise. NZZ, 7. 3. 1995. pr.

Österreich im Schengener Abkommen

Die österreichische Regierung ratifizierte am 24.3. in Brüssel das Schengener Abkommen. Sie wird vier Jahre Zeit haben, um die Vorgaben für die Umsetzung der Vereinbarungen zu erfüllen. Um die rund 1460 Kilometer lange Aussengrenze zur Tschechischen Republik, der Slowakei, Ungarn, Slowenien, der Schweiz und Liechtenstein dem Abkommen entsprechend zu überwachen, muss das Land mit Kosten von 144 Millionen Franken rechnen. Am 13. 3. wurde die Umsetzung des Schengener Abkommens von Österreich bereits erprobt, indem die Grenzen gegen Ungarn der Vereinbarung gemäss kontrolliert wurden. Jeder Reisepass wurde kontrolliert, jeder Kofferraum geöffnet und bei Nicht-EU-Bürgern der Zentralcomputer des Innenministeriums in Wien befragt. In der Folge

brach der Verkehr zusammen. Vor den Grenzstationen kam es zu Autokolonnen, die zu Wartezeiten bis zu 10 Stunden führten. EU-

Integration als Programm zur Überwindung der Grenzen! Berner Zeitung, 16.3.95; NZZ, 14.3.95. pr.

Kurzinfos/Umwelt

Inselstaaten auf Europatournee

Vertreter der Allianz kleiner Inselstaaten, die Kleinstaaten aus dem Pazifik, der Karibik und anderen Regionen umfassen, haben in Bern eine Aufklärungstour durch Europa gestartet. Sie wollen die Bevölkerung für die Probleme der vorausgesagten Klimaerwärmung sensibilisieren. Diese würde die kleinen Inseln, die zum Teil nur wenig über die Meeresoberfläche ragen, besonders früh bedrohen. Die Allianz hat deshalb ein Protokoll zur Reduktion der Kohlendioxidemissionen erarbeitet. NZZ, 28. 2.1995. pr.

SPD-Länder unterlaufen Rinder-Verordnung

In sechs SPD-geführten Bundesländern haben sich die zuständigen Minister mit der Fleischindustrie zum Schutz der Verbraucher vor Rinderwahnsinn auf einen freiwilligen Boykott britischen Rindfleisches geeinigt (Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Hamburg und Saarland). Damit soll das von Bundesgesundheitsminister Horst Seehofer (CSU) im Einklang mit EU-Bestimmungen seit Anfang 2. 1995 gelockerte Importverbot für Rinder aus Gross-Britannien unterlaufen werden. Seehofer sprach in Bonn von Blindem Aktionismus der SPD-Länder. Nach Auf-fassung der EU-Kommission ist ein organisierter Boykott einzelner Bundesländer illegal, weil sie damit gegen EU-Recht verstossen. Nürtinger Zeitung, 8. 2. 1995. pr.

23% Hormon-Fleisch

Bei Untersuchungen des europäischen Verbraucher-verbandes über die Verwendung illegaler Wachstumsmitel in der Viehzucht hat sich Belgien als schwarzes Schaf erwiesen. In 23 Prozent aller Fleischproben wurde Spuren des als Husten-mittel erlaubten, als

Wachstumsstimulans aber verbotenen Clenbuterol gefunden. In rund 7 Prozent des Rindfleisches wurden verbotene synthetische Hormone entdeckt. Die Untersuchung kam zum Schluss, dass jeder vierte belgische Metzger seinen Kunden Fleisch von illegal behandelten Tieren anbietet. Die Mäster können mit den unerlaubten Mitteln nach vorsichtigen Schätzungen bis zu 400 Schweizer Franken je Schlachtrind an zusätzlichem Gewinn erzielen. Deshalb lohnt sich die unerlaubte Verfütterung vor allem für grosse Betriebe. Es wird vermutet, dass eine kleine Zahl von rund vier Dutzend illegalen Händlern und Prduzenten sich einen Hormon-Jahresumsatz von 200 Millionen Franken teilen. Die Hormonmafia hat Ende 1992 durch Schüsse auf das Haus eines Veterinärs, durch in Brand gesteckte Autos und zahlreiche Drohungen gegen Tierärzte von sich reden gemacht. Nach Aussagen einiger Kontrolleure drücken viele der eingeschüchterten Veterinäre bei der Fleisch-beschauung inzwischen beide Augen zu. Der kürzliche ermordete Van Noppen soll einer der wenigen gewesen sein, die ihren Kampf gegen die für den Menschen zum Teil schwer gesundheitsschädigenden Mittel unverzagt fortsetzen NZZ. pr.

Tiertransporte

Auf die öffentliche Meinung sensibel reagierend und um den Ruf der EU bedacht, versuchte Frankreich, die Frage der Tiertransporte zu regeln. Die Agrarminister konnten sich Mitte 2. aber nicht auf eine Regelung einigen - nach zwei Tagen intensiver Beratungen. Italien, Griechenland und Portugal fürchteten um Arbeitsplätze. In Italien stünden nicht weniger als 170 000 Arbeitsplätze auf dem Spiel: in Schlachthöfen und Fleischverarbeitungsbetrieben. Journal de Genève, 23. 2. 1995. pr.

4. Zuger Symposium am 9. April im Casino (9.35 gibt es einen Gratis-Bus ab Bahnhof Zug)

Europa-Frage und Zukunft der Sozialpolitik

Das Programm dieses alle zwei Jahre stattfindenden Symposiums der Sozialistisch-Grünen Alternative:

10.00 Eröffnung durch Hanspeter Uster, Alternativer Regierungsrat

10.15 Podium zur Europäischen Integration mit Sabina Döbeli (Euro-Initiative, Geboren am 7. Dezember), Ruth Gonseth (GPS-NR), Peter Bodenmann (SPS-Präsident, NR), Andreas Gross (Eurotopia, SPS-NR) und

Paul Ruppen (Forum für direkte Demokratie/Redaktor Europa-Magazin)

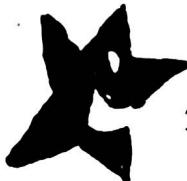
Leitung: Josef Lang (Kantonsrat, SGA-Kantonalpräsident)

12.15 bis 13.30 Mittagessen im Casino

13.45 bis 15.45 Arbeitsgruppen zur Zukunft der Sozialpolitik: Finanzierung der Sozialwerke: Energie oder Arbeit besteuern?, Frauengerechte Sozialwerke und -politik, Soziale Gerechtigkeit und Solidarität, 10. AHV-Revision

16.00 bis 16.45 Berichte im Plenum

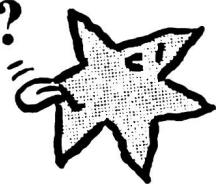
Anmeldung ist nicht nötig - ausser wenn ein Kinderhütedienst gewünscht wird (042 - 22 13 15). SGA Zug



Seminar

Ist direkte Demokratie in der EU möglich?

28.April - 1.Mai 1995 in Salecina, Maloja



Veranstalter: Forum für direkte Demokratie

Die Debatte über Wert und Schaden der direkten Demokratie wird in letzter Zeit wieder heftiger geführt. Auf der einen Seite wird die direkte Demokratie nunmehr plötzlich von Leuten gepriesen, die fast alle Volksinitiativen der letzten Jahre bekämpft haben, auf der anderen Seite wird sie von Leuten schlecht gemacht, die sich gerne als senkrechte Demokraten geben. Der Grund für die neu entbrannte Diskussion ist klar: mit einem Beitritt in die EU würde die Schweiz zum einzigen Land in einem Staatenbund von (Ex-)Monarchien, in welchen Volksabstimmungen einen ganz anderen Stellenwert haben als in der Schweiz.

Freitag, 28.April, Anreise

Letzte Reisemöglichkeit Zürich HB ab 17.10 nach Chur, Ankunft des Postautos in Maloja: ca. 22.00
Von dort sind es ca. 20 Min. bis zum Bildungs- und Ferienzentrum Salecina, wo wie immer auch die BegleiterInnen der SeminarteilnehmerInnen, ob gross oder klein, herzlich willkommen sind. Gepäck wird abgeholt.

Samstag, 29. April

9.30 bis 11.30: Referat über die heutige Bedeutung der direkten Demokratie in verschiedenen Ländern Europas, Erfahrungsberichte über die konkrete Anwendung der politischen Instrumente auch in Italien, BRD und Österreich.

Mittagessen, Spaziergang zum nahegelegenen Silsersee und/oder Diskussion je nach Wetter.

16.00 bis 18.00, Darstellung der beiden Möglichkeiten der Verbesserung der demokratischen Rechte in Europa: Verbesserungen in der Schweiz und je in allen Ländern einzeln (die EU bleibt ein Staatenbund) oder Verbesserung der demokratischen Legitimation der EU, die sich weiter zum Bundesstaat entwickelt. Varianten, Diskussion.

Sonntag, 30. April: (Zeitplan wie Samstag)

Vormittags: Wie weit muss die direkte Demokratie im Falle eines EU-Beitrittes zwingend eingeschränkt werden?

Nachmittags: Können soziale und ökologische Anliegen in der Zukunft in der direkten oder in der repräsentativen Demokratie besser durchgebracht werden?

Montag, 1. Mai: (Umzug in der freien Natur, für die, die unbedingt wollen, z.B. zum Cavlocsee, ca. 30 Min.)

Vormittag: Zukunftsperspektiven: Was kann konkret unternommen werden? Verbesserung der direkten Demokratie durch bessere Informationsrechte der einzelnen Bürger, Wirkungen der "Freedom of Information Act" in den USA, "Konstruktives Referendum", Utopien und Realitäten.

Nachmittag: Heimreise

Die vorbereiteten Kurzreferate werden von Leuten aus verschiedenen Gruppen gehalten, die zum Teil ad personam, zum Teil für ihre Gruppe sprechen. Zugesagt haben bis März ReferentenInnen aus: Eurotopia, SPS, GPS, Initiative "Demokratie entwickeln" (München), Gewerkschaften, Bewegung "Geboren am 7. Dezember", Forum für direkte Demokratie, weitere Anfragen pendent.

Kosten ohne Reise: Fr. 220.- inkl. Vollpension, Kaffee, Tee, Unterkunft im Massenlager.

Feste Anmeldung durch Einzahlung von Fr. 220.- auf PC 70 - 11229 - 9, Salecina, 7516 Maloja.

Das Tagungsprogramm mit den Namen der ReferentenInnen und dem Anmeldeformular ist erhältlich beim Veranstalter, max. 55 Personen inkl. den BegleiterInnen :

Forum für direkte Demokratie, Postfach, 8048 Zürich, Tel/Fax 01 - 432 80 17.

Das **Bildungs- und Ferienzentrum Salecina** ist selbstverwaltet und liegt nahe beim Malojapass - an der Grenze zwischen den beiden herrlichen Tälern Oberengadin und Bergell, die beide zu wunderbarsten Wanderungen einladen. Lässt es das Wetter an unserem Wochenende zu, finden die Veranstaltungen rund um das Haus statt - mit prächtiger Bergkulisse. Für Kinder sind Haus und Umgebung ein spannender Ort mit tausend Möglichkeiten. Kochen und Putzen dürfen in Salecina die Gäste selber.

Salecina ist ganzjährig offen, für Einzelgäste und Gruppen. Pro Nacht ca. Fr. 47.-/Kinder Fr. 30.- (Halbpension) Tel: 082 - 4 32 39/Fax: 082 - 4 35 75 (9.00-10.30/16.00-17.00). Gäste-Tel. 082 - 4 33 98.



Forum pour la démocratie directe
social, écologique et critique à l'égard de l'Union Européenne

EUROPA-MAGAZIN

Forum

FÜR DEZENTRALE POLITISCHE STRUKTUREN IN EUROPA
für direkte Demokratie

für EU-Kritik

Für aktive Menschenrechts- und Minderheitenpolitik

Gegen die Schaffung einer westeuropäischen Grossmacht

für den Einbezug von Nichtregierungsorganisationen bei internationalen Verhandlungen

Für eine globale ausgewogene Entwicklung

gegen 2/3-Gesellschaften

Gegen die neoliberalen Dampfwalzen

FÜR WENIGER ZENTRALISATION UND MEHR KOOPERATION

Redaktionsadresse
EUROPA-MAGAZIN
Pf 1883
8048 Zürich

